

**2+3
2010**

Tierversuchsgegner

Baden-Württemberg e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

TIERSCHUTZ AKTUELL

Mitglieder-Informationen September 2010



Pferdemarkt: Hier sehen sich Mutter und Kind ein letztes Mal, bevor beide den Weg zum Schlachthof antreten müssen

Foto: Die Tier-WeGe

- ***Misstände auf Europas größtem Pferdemarkt in Polen***
- ***Kampagne für eine Katzenschutzverordnung***
- ***Tierversuche und tierversuchsfreie Forschung sind Alternativmethoden***

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 - 20 Unsere Aktivitäten, darunter:
08 Aktuelle Kampagnen
09 - 10 Ökomesse Schwäbisch Hall
11 - 12 Internat. Tag zur Abschaffung der Tierversuche
14 Kampagne für eine Katzenschutzverordnung
19 Bericht über die Mitgliederversammlung
19 - 20 Veröffentlichte Leserbriefe
21 - 23 Landesbeirat für Tierschutz
23 - 24 Anträge und Landtagsdebatte zu Tierversuchen
25 - 27 Kritik an Tierversuchen
28 - 30 Tierversuchsfreie Forschung
30 - 32 Missstände auf Europas größtem Pferdemarkt
33 - 34 Tagung in Bad Boll „Belastung von Tieren“
35 Thema Kaninchenmast in TV-Sendung
36 Stadtauben – tierschutzgerechtes Management
37 Walfang bleibt verboten
37 - 38 Positive Nachrichten aus dem Ausland
39 Veranstaltungsankündigung „Tag des Tieres“,
Anschriften zu den Briefaktionen

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE.

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.
Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart
E-Mail: info@tierrechte-bw.de

Chefredaktion und Gestaltung:

Ingeborg Livaditis
Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich
Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50
E-Mail: Liva-Tierrechte@arcor.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Silke Bitz, Jochen Buchholz, Evi Gatz, Marie-Luise Strewé
sowie namentlich genannte Autoren

Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH
Auflage: 1.750 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

(M)EIN HERZ FÜR STADTTAUBEN

Liebe Freunde,

ich will Ihnen vom Schatz *Putzi* erzählen. Vielleicht gelingt es durch diesen Bericht, Ihre Herzen für meine Sorgenkinder zu erwärmen.

Tauben werden in der Bevölkerung mehr und mehr zu Hassobjekten. Man hält sie für gefährliche Krankheitsüberträger, Lärmer, Dreckproduzenten und Gebäudezerstörer, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Neulich sah ich eine Mutter, die versuchte, eine um ihr Leben rennende Stadtaube mit dem Kinderwagen zu überfahren – das Kleinkind saß vorne und bekam auf diese Weise seine erste Lektion in Grausamkeit.

Die Augen für die Not der Stadtauben wurden mir vor bald zehn Jahren geöffnet, als ich *Columbuli*, Rufname *Putzi*, fand. Er saß nachts im Schatten einer Ladentüre mit gefesselten Füßen und verletztem Flügel. Da er dauerhaft nicht mehr fliegen konnte, blieb er bei mir, und er ist seit bald zwei Jahren glücklich „verheiratet“ mit einer einbeinigen Täubin.

Anfangs aß *Putzi* nur heimlich, und wurde er überrascht, so sprang er fort und rief: „Ich hab ja gar nichts genommen!“ Eine Leiter am Schrank benützte er sofort als Aufstiegshilfe und verschwand bei Gefahr oben im Katzenkorb. Ganz langsam fasste er Vertrauen, und nach drei Jahren nahm er mich zur „Frau“. Früh ertönte vom Schrank erst ein Liebeslied, dann sorgten Geschrei und Hiebe, dass ich aufstand. Er kam mit ins Bad, machte Jagd auf nackte Zehen und ging danach mit zum Frühstück. Er selbst badete etwa alle zwei Tage.

Viel Freude hatte er, wenn das Frauchen tüchtig arbeitete. Saß sie später auf dem Balkon, so setzte er sich auf die Schulter und streichelte ihr Ohrläppchen. Er verzweifelte, wenn ich fortging und versuchte mit Hacken zu verhindern, dass ich Schuhe anzog. Er wartete, nach den Klecksen im Gang zu schließen, stundenlang innen vor der Wohnungstüre, und sobald er den Schlüssel im Schloss hörte, jubelte er. Dann tanzte er vor seiner totgeglauten Freundin nicht enden wollend. Blieb sie aber zu Hause und hielt ein Mittagsschläfchen, so legte er sich auf die

Menschenhand, rollte sich mit dem Schnabel zwei Fingerspitzen unter den Bauch und begann zu brüten. Waren die „Eier“ dann schön warm und ließen sich nicht ordnungsgemäß wenden, so sprang er fort, holte Halme und überreichte sie dem Weibchen im Nest mit Tremolo. Er brachte nicht irgendwelche, sondern suchte oft lange, bis er seine schön gebogenen Lieblingslavendelzweige wieder gefunden hatte. Sie waren immer die ersten Präsente, zuletzt kam das Allerlei. Übrigens war er auf dem Bett verlässlich stubenrein. Vorbereitungen zum Musizieren wurden sofort begrüßt, er setzte sich oben in meine Nähe und sang dann eifrig den Basso Continuo. Wurde es spät in der Nacht, so mahnte eine Stimme auf dem Schrank, jetzt ins Nest zu gehen. Er selbst hielt Wache und warnte, wenn Fuchs oder Marder sich vor dem Haus blicken ließen. Leise erkundigte er sich von Zeit zu Zeit, ob im Nest alles in Ordnung sei.

Wer ein solch beglückendes Verhältnis fünf Jahre lang erleben durfte, kann gar nicht anders, als sich für diese schönen, klugen, liebevollen Vögel einzusetzen. Überall sah ich fortan unermessliches Elend. Tiere mit furchtbar verstümmelten, geschwollenen Füßen durch eingewachsene Fäden; andere mit von Taubenabwehrspray verklebtem Gefieder oder krank durch Gift. Kilometerlang müssen sie mit schmerzenden Füßen – oft verfolgt von Kindern - herumhumpeln und ein kärgliches Mahl zusammensuchen für sich und ihre Kinder. Und leider kommt es immer wieder vor, dass Menschen die Nester samt den mit so viel Liebe in so großer Not gepflegten Eiern und Jungen zerstören. Erst in diesem Sommer geschah dies im Stuttgarter Hauptbahnhof.

Liebe Menschen, werdet bitte endlich menschlich. Begreift doch, dass Tauben überaus kluge, treue und reinliche Tiere sind mit einem ausgeprägten Schönheitssinn. Man muss sie lieben, wenn das Schicksal es einem bescherte, sie so kennenzulernen, wie ich es durfte.

Liebe Tierfreunde, es grüßt Sie herzlich

Ihre *Inge-Gisela Krauss*

Inge-Gisela Krauss
Projektleitung Tauben

Tierschutz im Schulunterricht

Dagmar Oest, Vorstandsmitglied

Zweimal pro Woche helfe ich jeweils einen Tag ehrenamtlich bei der Versorgung der Tiere auf dem Tierschutzhof in Oberndorf-Boll mit. An unser Team kam die Anfrage einer Lehrerin, ob es möglich sei, eine Schulstunde zum Thema Tierschutz zu halten, da im Unterricht gerade Haustiere durchgenommen würden. Klar, dass wir da zugesagt haben.

Und so machte ich mich am Freitag, dem 19. März, auf den Weg nach Dietingen im Kreis Rottweil, um meine erste Schulstunde zu halten. Die 23 Kinder der 2. Klasse der Grund- und Hauptschule warteten schon gespannt auf mich und hatten sich bereits viele Fragen aufgeschrieben. Kinder in diesem Alter interessieren sich natürlich hauptsächlich

für Hunde, Katzen und Kleintiere.

Ich hatte viele Bilder unserer Tierschutzhunde mitgebracht, die zu unzähligen Fragen führten: „Wo kommen sie her?“ „Sind sie alle ausgesetzt worden?“ „Wie kamen sie auf den Tierhof?“ „Sind die lieb?“ „Kann man die auch haben?“ „Folgen sie schon oder müssen sie das erst lernen?“

Außerdem interessierte die Schülerinnen und Schüler natürlich, wie man einen Hund, ein Kätzchen, Häschen oder Meerschweinchen richtig hält. Sie wollten auch mein Lieblingstier (der Wal) wissen. Das bot eine gute Gelegenheit, auch über Walfang und Fische zu reden. Dass man als kleiner Mensch bereits Verantwortung trägt, das gehörte selbstverständlich ebenfalls zu dieser Schulstunde. Die Kinder fanden den Un-

terricht so interessant, dass die Zeit im Nu verflogen ist. Aus der geplanten einen Stunde sind am Ende zweieinhalb geworden. Auch mir hat meine erste Unterrichtsstunde sehr viel Freude bereitet.

Die von mir mitgebrachten Bücher „Superhenne Hanna“ wurden dankbar in die Klassenbibliothek aufgenommen.

Die Kinder versprachen, bald unsere Tiere auf dem Tierschutzhof zu besuchen. Einen Tag später waren bereits die ersten mit ihrer Lehrerin da, die ihnen den Ausflug zugesagt hatte.

Ein weiteres, sehr positives Ergebnis ist, dass die Lehrerin angekündigt hat, in den nächsten Wochen Besuche bei den Kindern mit Haustieren zu machen, um eventuell noch Tipps zu geben.



Rechts: Dagmar Oest

Foto: privat

Osteraktion in Stuttgart, Schlossplatz, am 20.03.2010

Unsere Pressemitteilung vom 17.03.2010

20. März: Große Osteraktion auf dem Stuttgarter Schlossplatz

Landesverband Menschen für Tierrechte empfiehlt fleischfreie Ernährung zugunsten der Gesundheit

Anlässlich des bevorstehenden Osterfestes lädt der Landesverband *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* am 20. März 2010 von 11 bis 18 Uhr zu seiner Infoveranstaltung auf dem Stuttgarter Schlossplatz ein. Schwerpunkt bilden die Themen Ernährung und Massentierhaltung. Blickfang ist ein original Kastenstand für Schweine. Der Verein appelliert für einen ethischen Umgang mit den Tieren und empfiehlt eine vegetarische oder vegane Lebensweise, auch als Beitrag zum Schutz der eigenen Gesundheit.

Die *Ärzte-Zeitung* berichtete schon vor über zehn Jahren, dass eine fleischreiche Ernährung im Zusammenhang mit einem Drittel aller Krebserkrankungen steht. Der Verein verweist auf zahlreiche weitere Studien, die belegen, dass eine vegetarische oder vegane Ernährung die gesündeste ist. So wird Fleischessen zusätzlich in direkten Zusammenhang mit dem verstärkten Auftreten von Herzerkrankungen, Schlaganfall, Gicht oder Diabetes gebracht. Eine Studie der Universität *Harvard* belegt, dass Milch zu Kalziumabbau in den Knochen führt und somit Osteoporose verursachen kann.

„Vegetarier und Veganer leben nicht nur gesünder als ihre fleischartenden Mitmenschen, sondern im Durch-

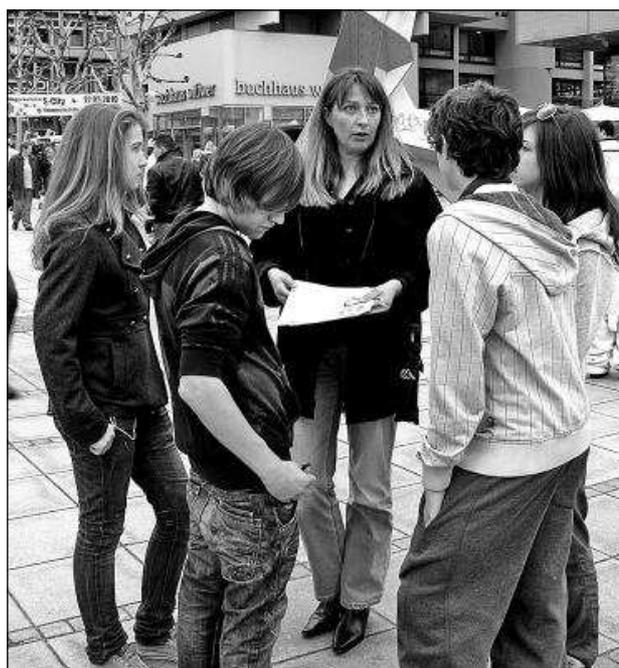
schnitt auch sechs Jahre länger“, weiß Ingeborg Livaditis, Vorsitzende des Landesverbandes *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg*. Der Tierrechtsverein nennt als einen Grund dafür die Medikamente und Hormone in der Intensivtierhaltung sowie Pestizide, die im Futteranbau zum Einsatz kommen. Schlussendlich landen diese in der Umwelt, verseuchen das Wasser und gelangen über tierische Nahrungsmittel in den Menschen. Die Folge können Resistenzen gegen Antibiotika sein, die heute bereits ein großes klinisches Problem darstellen. Da die Tiere unter unnatürlichen Bedingungen gehalten werden, leiden sie nicht nur seelisch unter den oft unwürdigen Zuständen, sondern werden immer öfter krank. Entsprechend werden in der Intensivtierhaltung größere Mengen an Medikamenten benötigt.

Der Landesverband *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* meint, dass die Zeiten, in denen Fleisch als Symbol für Kraft galt und Milch „munter macht“, angesichts des heutigen Wissens über die Gesundheitschädlichkeit tierischer Nahrung endgültig vorbei sein sollten. Seinen Mitmenschen empfiehlt er, die Osterzeit zum Anlass zu nehmen, mit einem vegetarischen oder veganen Ostermenü ihrer Gesundheit Gutes zu tun. Dies sei gleichzeitig auch ein wertvoller Beitrag zum Tiererschutz.

Die Tierrechtler verweisen mit ihrer Begründung unter anderem auf Professor Dr. Claus Leitzmann, Ernährungswissenschaftler der *Justus-Liebig-Universität Gießen*, der die Meinung vertritt: „Wenn alle Menschen veganisch leben würden, sähe es besser um die Gesundheit der Menschen, der Umwelt und der Gesellschaft aus. Es gilt, dieses Potential zu nutzen.“



Original Kastenstand für Schweine



Mitte: Carmen Hoffmann



2. Reihe Ingrid Schneider
 3. Reihe von links: Evi Gatz, Ingeborg Livaditis
 4. Reihe rechts: Dagmar Oest

1. Reihe: Jason als Hase mit Mutter Xenia Hoffmann als Huhn
 2. Reihe von rechts: Ingrid Böll, Evi Gatz
 3. Reihe Alex Lunkenheimer, Xenia Hoffmann

Fotos: W. Livaditis

Aktion Meat-out (Fleischlos) in Schwäbisch Hall

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

Unsere Aktionsgruppe hat sich an *Meat-out*, dem weltweiten Aktionsbündnis für eine vegetarische bzw. vegane Ernährung, mit einem Infostand in Schwäbisch Hall beteiligt, an dem leckere Kostproben angeboten wurden.

Im Vorfeld dieser Aktion haben wir diverse Herstellerfirmen mit der Bitte angeschrieben, uns mit einer kleinen Auswahl ihrer veganen Produkte zu unterstützen. Erfreulicherweise wurden uns von zwei Firmen, der *Zwergenwiese* und von *Vitasan*, Probepäckchen gesandt, und auch das *Reformhaus Mohring* aus Schwäbisch Hall stellte uns viele Proben der Firma *Tartex* zur Verfügung.

Am Vorabend unserer Aktion wurden Gurken, Paprika und Tomaten geschnippelt, verschiedene vorgezogene Sprossen nochmals gewässert, Räuchertofu in Scheiben, vegane Salami in mundgerechte Stückchen geschnitten. Am Samstag, dem 20. März, gab's dann ein kulinarisches veganes Fest. Knuspriges Baguettebrot wurde in Scheiben geschnitten, mit Pflanzenbutter bestrichen, mit Räuchertofu oder veganer Salami belegt und dann mit der herrlichen Frischkost dekoriert. Wunderbare Brotaufstriche fanden auch den Weg auf das französische Weißbrot, Linsen- und Mungobohnensprossen rundeten diese veganen Leckereien ab.

Nicht zu vergessen der aromatisch duftende heiße Kaffee, der mit den verschiedensten Getränken wie Hafer-, Soja- und Reisdinks sowie Sojakaffeesahne angeboten wurde. All diese Köstlichkeiten gab es kostenlos.

Die Alternativen für eine genussreiche Ernährung erweckten das Interesse der Passanten und waren Anlass für intensive Diskussionen über tierquälerische Intensivtierhaltung, die furchtbaren Tiertransporte und die blutigen Schlachtungen, die außerhalb der Sichtweite des Kon-

sumenten stattfinden.

Uns war besonders wichtig, neben den globalen Folgen des Fleischkonsums das versteckte Leid der so genannten Nutztiere in den Fokus der Aktion zu stellen. In den teilweise sehr emotional geführten Gesprächen wurde den Passanten klar gemacht, dass jeder einzelne Konsument verantwortlich ist für all die Tierqual und die Schlachtungen, da er ja der Auftraggeber ist.

Wie Christian Morgenstern sehr treffend feststellte: „Wenn der moderne Mensch die Tiere, denen er sich als Nahrung bedient, selbst töten müsste, würde die Anzahl der Pflanzenesser ins Unermessliche steigen.“

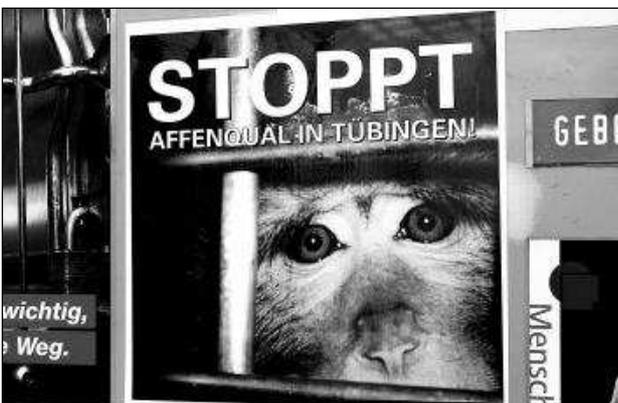
Wir hoffen, mit dieser Aktion bei manchen Passanten einen Grundstein für persönliche Veränderungen gelegt zu haben und werden nie aufhören, auf das Tierelend der Welt aufmerksam zu machen.



Fotos: Anita Renner

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 10.04.2010

Schwerpunkthemen: Tierversuche und tierversuchsfreie Forschung, Intensivtierhaltung, Vegetarismus, Kaninchenmast



Ergebnisse der Unterschriftenaktionen am 22.03. und 10.04.2010:

Abschaffung von Tierversuchen	484
Kampagne Kaninchenmast	124
Sexueller Missbrauch von Tieren	157

Spenden: 196,02 Euro

1. Reihe von links: Xenia Hoffmann, Evi Gatz, Felix Zschoche
2. Reihe von links: Ingeborg Livaditis, Jason und Xenia Hoffmann

1. Reihe von rechts: Alex Lunkenheimer, Evi Gatz

Fotos: W. Livaditis

Unterschriftensammlung zu aktuellen Kampagnen

„Kaninchenmast, nein danke!“

Federführend für dieses Tierschutzbündnis aus zwischenzeitlich mehr als 70 Tierschutzvereinen und -organisationen, dem auch wir angeschlossen sind, ist das *Deutsche Tierschutzbüro*. Zu Ostern veranstaltete es in Berlin eine pfiffige Aktion, um Aufsehen für das Leiden der „Mast“-kaninchen zu erlangen. Das Playmate des Jahrtausends, Janine Habeck, konnte für die Aktion „Bunnys für Bunnys“ („Häschen für Playboy-Häschen“) gewonnen werden, bei der sie im Häschenkostüm für die Medien posierte.

Der Hase ist für Ostern nicht nur das Symboltier, das Ostereier versteckt. Gleichzeitig wird zu diesem Fest neben dem „Opfer“-tier Lamm auch gern Kaninchenfleisch gegessen! Es ist schon makaber, wenn einerseits den Kindern ein alter Brauch mit niedlichen Osterhäschen nahe gebracht wird und andererseits deren Fleisch als Festtagsbraten auf dem Tisch landet. Wie die Kanin-

chen vorher gehalten wurden, interessiert den Verbraucher meist nicht. In drangvoller Enge müssen die Tiere artwidrig auf Käfigböden sitzen, deren Gitter in die empfindlichen Pfötchen einschneiden. Sie können sich nicht aufrichten und auch nicht hoppeln. „Häschen hüpf!“, wie es in dem alten Kinderlied heißt, ist ihnen nicht vergönnt.

Zu dieser Aktion war gleichzeitig ein Termin mit dem Landwirtschaftsministerium vereinbart worden, um die gesammelten Unterschriften zu übergeben. Leider wurde dieser Termin seitens des Ministeriums kurzfristig abgesagt. Um den Ostertermin nicht unnütz verstreichen zu lassen, wurden deshalb die mehr als 45.000 gesammelten Unterschriften, zu denen wir ca. 1.500 beigetragen haben, per Post an das Bundeslandwirtschaftsministerium geschickt und die Presse entsprechend informiert. Einige Medien, darunter *Stern* und *Focus* sowie die

Bildzeitung berichteten über die Aktion und die (postalische) Unterschriftenübergabe.

Eine Antwort des Ministeriums steht bislang aus. Der Bundesrat hatte die Bundesregierung allerdings bereits vor einem Jahr aufgefordert, sich bei der EU für verbindliche und tierschutzgerechte Haltungsbedingungen für „Mast“-kaninchen einzusetzen. Auch die Bundestierärztekammer fordert seit Jahren Haltungsrichtlinien für Kaninchen, damit Missstände effektiv bekämpft werden können.

Bündnis 90/Die Grünen brachten am 09.06.2010 einen Antrag zur Kaninchenhaltung in den Bundestag ein. Die zu erstellenden Mindestanforderungen sollen sowohl für die industrielle Nutzung als auch die Hobbyzucht gelten. Wir können dies nur begrüßen, denn auch in der privaten Kaninchenhaltung liegt einiges im Argen. Gefordert werden die Vorschriften ebenso für die EU.

Sexueller Missbrauch von Tieren

Das Thema Sodomie bzw. Zoophilie (Tierliebe, meist mit sexuellen Handlungen verbunden) stand lange Zeit nicht im Blickfeld der Öffentlichkeit. Mit der Liberalisierung des Sexualstrafrechts 1969 wurde der Homosexualitäts-Paragraf 175 gestrichen. Sexuelle Handlungen zwischen Gleichgeschlechtlichen sind seitdem ebenso wie Ehebruch nicht mehr strafbar. Leider ist seit dieser Änderung des Strafrechts auch der Sex mit Tieren nicht mehr verboten, jeder kann seine sexuellen Neigungen an Tieren straffrei ausleben. Erst wenn dem missbrauchten Tier starke Leiden oder Schmerzen zugefügt wurden und diese beweisbar sind, kann das Vergehen geahndet werden. Es ist schon schwierig, sexuellen Missbrauch bei Kindern aufzudecken;

viel schwieriger ist jedoch eine Feststellung bei Tieren, bei denen die Leiden ebenso über das Körperliche hinausgehen können.

Der sexuelle Missbrauch von Tieren erfolgt weltweit und in allen sozialen Schichten. Besonders seit Einführung des Internets findet Sex mit Tieren mehr und mehr Verbreitung. In den einschlägigen Seiten tun sich Abgründe auf: Sex mit Hunden, Ponys, Katzen, Kälbern oder Hühnern; letztere überleben eine Penetration nicht. Im Internet preisen die Sodomisten ihre Praktiken an, erteilen Ratschläge, treffen sich sogar zum gemeinsamen Tiersex, um ihre Triebe und Machtgelüste auszuleben. Die Tiere können sich nicht wehren, sie sind ihren Peinigern hilflos ausgeliefert, ihr Leid findet im Verborge-

nen statt.

Der Verein *Stumme Schreie e.V.* hat dieses Thema schon seit einigen Jahren aufgegriffen und Bundestagspetitionen eingereicht, die jedoch vom Petitionsausschuss nicht angenommen wurden. Jetzt allerdings kommt Bewegung in die Politik! Die hessische Landesregierung setzt sich nun dafür ein, dass Sex mit Tieren wieder strafbar werden soll. Umweltministerin Silke Lautenschläger (*CDU*) führt dabei an, dass in der Schweiz, in Frankreich, Großbritannien und Belgien in den letzten Jahren der Sex mit Tieren bereits unter Strafe gestellt worden ist. Weitere Länder hätten dies bereits angekündigt. Im Landesbeirat für Tierschutz von Baden-Württemberg behandelten wir das Thema bereits zweimal.

Ökomesse Schwäbisch Hall vom 16.-18.04.2010

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

Zum wiederholten Male fand in Schwäbisch Hall eine Ökomesse statt. Wohl die größte in Süddeutschland, mit mehr als hundert Ausstellern, denen allen mehr oder weniger ein Bezug zur Ökologie zugesprochen wird. Somit eine Veranstaltung, die wie geschaffen schien, die Besucher mit dem Thema Tierrechte bekannt zu machen oder auch zu konfrontieren, je nach Standpunkt des Betrachters. Und genau das taten wir Mitglieder der AG Schwäbisch Hall dann an den drei Messtagen.

Ein großer Infostand mit hervorragend gestalteten Infowänden erwartete die Besucher. Wieder hatte uns der *Media Markt* Schwäbisch Hall einen großen Flachbildschirm zur Verfügung gestellt, den wir nutzen wollten, um nicht nur per gesprochenem und geschriebenem Wort auf das unsägliche Tierleid auf dieser Welt hinzuweisen. Und da wir uns im Fleischland Hohenlohe befanden mit seinen unzähligen Tiergefängnissen für Schwein, Rind und Pute (die Aufzählung ist nicht abschließend), legten wir verstärkt unser Augenmerk auf die Themen Massentierhaltung, Schlachtung, Klima, und Veganismus. Gerade der Biofleischkäufer, der sein Gewissen immer wieder so gerne damit beruhigt, dass er ja nur Fleisch aus „Bioproduktion“ kauft (und davon ja nur noch ganz selten!), sollte gezeigt bekommen, dass das Tierprodukt auf seinem Teller nicht von einem Tier stammt, das liebevoll „zu Tode gestreichelt“ wurde. Dafür waren die Bilder, die deutschlandweit großes Aufsehen erregten, gut geeignet.

Bilder und Berichte, die kürzlich in den *Tagesthemen*, *Frontal 21*, *Brisant* und *Nano* gezeigt wurden. Berichte beispielsweise über einen „biozertifizierten“ Schlachthof in Baden-Württemberg. Bilder, die zeigten, mit welcher unvorstellbarer Grausamkeit Tiere ermordet wurden, ob nun Rinder, die selbst nach dem

dritten oder vierten Bolzenschuss noch bei vollem Bewusstsein ihren qualvollen Tod erlebten oder Schweine, die im kochend heißen Brühbad wieder zu sich kamen und für die das Sterben qualvoller nicht vonstatten gehen konnte.

Diese Aufnahmen standen uns zur Verfügung. Doch leider konnten wir sie nicht zeigen, weil unser DVD-Player die gebrannte CD nicht abspielen wollte. So konnten wir nur auf die Fotos zu diesem Fall an einer der Stellwände verweisen; Fotos, die die Tierschutzorganisation *PeTA* bereits auf ihre Internetseite gestellt hatte und die wir für die Infowand verwendeten. Aber auch diese Fotos verfehlten nicht ihre Wirkung.

So vergingen die drei Tage bei wunderbarem Infostandwetter wie im Flug. Der etwas schleppend beginnende Freitag: Do schafft dr Schwob! Der Samstag: Do kommed au net so viele, denn am Samschdag schafft dr Schwob dahoim, zumindest muss er d' Kehrwoch macha ond em Gärtle werkla. Ond am Sonntag: do geht mer mit dr Familie uff d' Ökomess! Und das sah man gleich auf dem Parkplatz, der mittags, als wir kamen, rappellvoll war. Insgesamt wurden in den drei Tagen 13.000 Besucher gezählt; etwas weniger als vor zwei Jahren, aber nicht schlecht, oder?

Tja, gerade denjenigen, die regelmäßig an Infoständen stehen oder schon gestanden sind, geht es bestimmt genauso wie es uns am Ende der drei Tage ging: Was bleibt? Welche Eindrücke nimmt man mit? Was hat es gebracht?

Fangen wir doch mit der letzten Frage an. Bringen tut es immer was. Und wenn man nur eine einzige Person zum Nachdenken gebracht hat, ob er/sie seinem/ihrer Leben eine Wende geben sollte und es dann sogar tut. Eine Wende zum Wohle der Tiere, denn um die geht es! Wir dürfen nicht aufhören, für die Tiere zu kämpfen. Wer, wenn nicht wir

Tierrechtler, müssen den Wehrlosen unsere Stimme geben und den Schreien der Tiere Gehör verschaffen! Und wenn's kalt ist und regnet? „Das bisschen Regen und Kälte werden wir ja noch aushalten“, sagte eine Mitsreiterin unserer AG bei der letztjährigen Veranstaltung in Tübingen. „Denkt immer dran, was die Tiere aushalten und erleiden müssen“, so ihre Worte. Recht hat sie!

An dieser Stelle mal Dank und unsere Hochachtung an die, die sich unermüdlich für die Tiere einsetzen, manche schon seit Jahrzehnten.

Und was bleibt von den drei Tagen Ökomesse? Es bleiben die Bilder von Menschen, die - bildlich gesprochen - kurz vor Erreichen unseres Standes den Blinker nach links setzen, ausscherten und, nachdem sie an unserem Stand schadlos vorbeikamen, wieder nach rechts einscherten. Bilder, die einen Schmunzeln machen!

Bleiben tut aber auch:

- ◆ Der freundliche „Vegetarierjunge“ Anton, der sich die Bilder an unserem Stand still betrachtete und später mal im Tier- und Naturschutz arbeiten möchte. Und seine Mutter, die fragte, ob denn auch Kinder in unserer Gruppe seien. Mal sehen, vielleicht treffen wir ihn bald wieder.
- ◆ Die Frau aus Ellwangen mit ihrer erwachsenen Tochter. Einer Tochter, die damals im Alter von vier Jahren zu ihrer Mutter sagte: „Ich esse nie mehr Fleisch!“ Und genau dies tut sie bis heute! Ihrer Mutter gab sie den Film „Earthlings“ zum Anschauen; seitdem befindet sich diese Frau auf dem Weg in ein veganes Leben. Mal sehen, vielleicht sehen wir sie bald in unserer Gruppe wieder.
- ◆ Die ältere Dame, die sich bei Ausflügen mit ihren Altersgenossen in der Essenszeit lieber zurückzieht, weil sie es nicht mit ansehen kann, wie sich über die

toten Tiere hergemacht wird. Und die trotz ihrer Außenseiterstellung in der Gruppe standhaft bleibt, weil sie verinnerlicht hat, welches Leid Tiere erdulden müssen, und sie da nicht mitmacht.

- ◆ Die beiden jungen Leute, die im Schwäbisch Haller Kulturverein *Club Alpha* mitarbei-

ten. Sie boten uns an, mit dem Club in Kontakt zu treten und dort unsere Anliegen gerade in Bezug auf Veganismus vorzutragen: Info- und Diskussionsabend, Film, Konzert mit Tierrechtsgruppen!

- ◆ Und zum Schluss der junge Landwirt. Wir waren bereits beim Abbau, als er das Gespräch such-

te. Was zunächst wenig hoffnungsvoll erschien, entwickelte sich zu einem Gedankenaustausch, der für beide Seiten wertvoll war.

Die Aufzählung ist nicht abschließend, macht aber deutlich, was unser Kampf und Bemühen für eine tierleidfreie Welt bewirken kann.



Uli Schaumann



Fotos Anita Renner

Sendungen im Privatrado StHörfunk Schwäbisch Hall

Anita Renner, Leiterin der AG Schwäbisch Hall

Beim letztjährigen *Haller Milchmarkt* hatten wir zum Thema Massentierhaltung und dessen Auswirkungen einen Infostand. Dabei kamen wir mit unseren Standnachbarn, den Radioleuten vom Schwäbisch Haller *StHörfunk*, ins Gespräch. Diese zeigten sich an unseren Informationen sehr interessiert und stellten eine Sendung mit uns in Aussicht.

Es hat zwar lange gedauert, aber jetzt hat es geklappt! Wir sind auf Sendung! In der Programmvorschau des Senders von April bis Juni 2010 wurden wir - mit unserem abgedruckten Vereinslogo - wie folgt angekündigt: *Die Aktionsgruppe Schwäbisch Hall des Vereins „Menschen für Tierrechte. Tierversuchgegner Baden-Württemberg“ startet eine mehrteilige Sendereihe über Veganismus, Tierversuche, Massentierhaltung, Tiertransporte und vieles*

mehr. Natürlich werden das Thema Klima und Umwelt sowie tolle Musikbeiträge und interessante Literaturvorschläge nicht fehlen. Wir liefern Argumente für Kritik am Umgang mit Tieren frei Haus. Termine der Erstsendung immer montags: 12.04., 17.05., 28.06.2010.

Jeder unserer Beiträge wird jeweils eine Woche lang zu unterschiedlichen Zeiten wiederholt. Während der einstündigen Sendung läuft zwischendurch Musik, deren Titel wir uns selbst aussuchen dürfen.

Zu jedem Sendeblock verfassten wir eine Pressemitteilung mit Angabe der Sendezeiten und Empfangsmöglichkeiten sowie der Bitte um Veröffentlichung und Ankündigung der Sendetermine.

Den ersten Beitrag erstellten Beate Häberle und Markus Sieker zum Thema **Veganismus: Vom Fleisshesser zum Veganer**, den sie sehr lebendig und professionell mit vielen Informationen gestalteten. Zur

nächsten Sendung im Mai wählten Karin Schön und ich das Thema Schlachten. Dabei lasen wir abwechselnd aus dem „**Schlachthofbericht einer Veterinärstudentin**“. Im dritten Teil ab 28. Juni berichtete Torsten Pasler kritisch über die **Jagd**. Auszug aus seiner Pressemitteilung:

*Ich möchte Sie hiermit auf eine von mir produzierte Radiosendung beim Sender Radio StHörfunk aufmerksam machen, die meines Erachtens ein Problem behandelt, das in den Medien viel zu selten diskutiert wird: **Die Lügen der Jäger.***

Zwischen fünf und sechs Millionen Tiere werden jedes Jahr von Jägern in Deutschland getötet, unzählige weitere verletzt. Für dieses Massaker werden von Seiten der Jägerschaft verschiedene Rechtfertigungen geäußert: Man würde die Wälder dadurch vor Verbißschäden bewahren, die Jagd würde dem Artenschutz dienen, Krankheiten wie

Schweinepest, Tollwut und Fuchsbandwurm würden dadurch eingedämmt u.s.w. Keines dieser Argumente hält einer wissenschaftlichen Überprüfung stand. Im Gegenteil, Krankheiten breiten sich wegen der Jagd schneller aus und die Jäger richten durch bleihaltige Munition erhebliche Umweltbelastungen an. Tiere werden zu Sündenböcken für Probleme erklärt, die menschengemacht sind und völlig andere Lösungswege erfordern. Am Ende steht die

Erkenntnis, dass die Jagd nur der Befriedigung der archaischen Jagd-Lust einer kleinen Minderheit der Bevölkerung dient. Und durch die Hubertusmessen gibt die katholische Kirche auch noch ihren Segen dazu.

Für eine Veröffentlichung und Weiterverbreitung dieser Information wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Die weiteren Themen werden Tierversuche, die geplante Katzenschutzverordnung sowie Pelze beinhalten.

Für uns alle war die Arbeit im Radiostudio sehr spannend. Wir konnten Neues ausprobieren und hatten zugleich die Möglichkeit, hinter die Kulissen einer Radiosendung zu blicken. Die Vorbereitungsarbeiten waren zwar sehr zeitintensiv, aber diese kreative Art unserer Tierschutzarbeit hat uns viel Freude bereitet. Wir hoffen natürlich, dass viele Menschen diesen Sender hören und wir ihnen auch auf diese Weise den Tierschutz nahe bringen können.

24. April: Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche

Unsere Pressemitteilung vom 22.04.2010

Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche: Tierversuchsfreie Forschung muss forciert werden

Zum Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April 2010 moniert der Landesverband *Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.*, dass die Belange des Tierschutzes von der Politik stiefmütterlich behandelt werden. Nach Ansicht des Vereins muss vor allem die tierversuchsfreie Forschung stärker gefördert werden, anstatt selbst diese geringen Mittel zu streichen.

„In Baden-Württemberg läuft die Entwicklung rückwärts. Anstatt mehr Mittel für die Erforschung von so genannten Alternativmethoden bereit zu stellen, entfiel in diesem Haushaltsjahr der Förderetat des Landes in Höhe von jährlich 300.000 Euro. Lediglich der jährlich mit 25.000 Euro dotierte Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch schafft noch einen kleinen Anreiz“, erläutert die Vorsitzende des Vereins, Ingeborg Livaditis, besorgt. „Die Streichung des Etats steht in klarem Widerspruch zu der Aussage der Landesregierung. Denn in der Ausschreibung des Forschungspreises führt das Ministerium an, dass alles getan werden müsse, um die Zahl der benötigten Versuchstiere zu vermindern sowie Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den Tieren zu vermeiden“, so die Tierrechtlerin. Sie verweist auf die jährlich steigende Zahl der Tiere, die im Labor leiden und sterben. Laut aktueller Versuchstierstatistik der Bundesregierung wurden in Deutschland im Jahr 2008 rund 2,7 Millionen Tiere für Versuche verwendet, das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von über 3 %. „Die Politik kommt ganz offensichtlich ihrer Verpflichtung, Tierversuche zumindest einzuschränken, nicht nach!“, kritisiert Livaditis.

Nach Auffassung des Landesverbandes *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* ist es unverständlich, dass politische Handlungen völlig an den Wünschen der Gesellschaft vorbei gehen. So würden Umfragen immer wieder in aller Klarheit belegen, dass die Mehrzahl der Bürger

Tierversuche und das damit verbundene Leid, das Tiere im Labor ertragen müssen, schon allein aus ethischen Gründen ablehnt. Die Tierversuchsgegner verweisen darüber hinaus auf die fatalen Folgen, die durch eine tierexperimentell ausgerichtete Forschung entstehen können, wenn die Ergebnisse vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Durch die großen Unterschiede zwischen Mensch und Tier, aber auch zwischen verschiedenen Tierarten, komme es immer wieder zu gravierenden Fehleinschätzungen. Die zahlreichen unerwarteten Nebenwirkungen und die rund 60.000 Arzneimitteltoten in Deutschland durch scheinbar sichere Medikamente, seien ein Beleg für die Unzuverlässigkeit des Tierversuchs.

Die *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* sind davon überzeugt, dass die tierversuchsfreie Forschung nicht nur vielfältigere Forschungsmöglichkeiten bietet, sondern im Gegensatz zum Tierversuch für die Medizin weitaus erfolversprechendere Erkenntnisse liefert. In technischen medizinischen Bereichen erfolgten in den letzten Jahren immense Fortschritte, wie beispielsweise die Computertomografie, während weiterhin an der Praxis der Tierversuche festgehalten wird.

Der Verein fordert deshalb, den veralteten Tierversuch abzuschaffen und Platz für intelligente, auf den Menschen abgestimmte Methoden zu machen. Nur so könne eine erfolgreiche und ethische Wissenschaft funktionieren. Zudem könne der Forschungsstandort Baden-Württemberg leicht verloren gehen, nachdem das Ausland verstärkt auf tierversuchsfreie Methoden setzt. Sogar in Korea wurde jetzt ein Zentrum für die Validierung von Alternativmethoden, das *KoCVAM*, eingerichtet.

Der Internationale Tag zur Abschaffung der Tierversuche erinnert weltweit jedes Jahr am 24. April an das Leid der Tiere in den Labors. Der Gedenk- und Aktionstag wird von Tierschützern zum Anlass genommen, um sich für eine ethische Forschung ohne Tierversuche auszusprechen. Er wurde erstmals im Jahr 1979 begangen und geht auf den Geburtstag von Lord Hugh Dowding zurück, der sich im Britischen Oberhaus für den Tierschutz und die Abschaffung von Tierversuchen einsetzte.

Großveranstaltung und Demo in Frankfurt

Dagmar Oest, Vorstandsmitglied

Zum **Internationalen Tag zur Abschaffung der Tierversuche** rief die *Tierrechtsinitiative Rhein-Main, TIRM*, am Samstag, dem 24.04.2010, zu einer Großveranstaltung mit Demonstration auf. Acht Mitglieder unserer Aktionsgruppen Schwäbisch Hall, Stuttgart und Horb machten sich schon frühmorgens auf den Weg, um daran teilzunehmen.

Bei der Ankunft in Frankfurt empfing uns strahlend blauer Himmel und warmer Sonnenschein - nach den vielen Schnee- und Regen-Demos der letzten Zeit eine angenehme Abwechslung. Bei diesem schönen Wetter waren natürlich zahlreiche Passanten unterwegs, von denen sich erfreulicherweise viele am Tierschutz und insbesondere am Thema Tierversuche sehr interessiert zeigten. Die Infostände der verschiedenen Tierrechtsorganisationen waren bei unserer Ankunft bereits gut besucht, die Verpflegungsstände mit leckeren veganen Köstlichkeiten fanden regen Zuspruch.

Gegen 12:30 Uhr startete dann der Demozug mit ca. 250 Tierversuchsgegnern durch die Innenstadt. Durch Plakate, Transparente und laute Parolen gegen Tierversuche war es unmöglich, diese Kundgebung für die gequälten und gepeinigten Mitgeschöpfe in den Laboren zu überhören oder zu übersehen!

Wie immer gab es interessierte Menschen, die die angebotenen Infolyer gerne entgegen nahmen. Bei den

eingeleiteten Stopps gab es sehr interessante Redebeiträge gegen Tierversuche. Als erster sprach Dr. Wolfgang Wegert von der Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* über

Botox.

Dieses Nervengift wird hauptsächlich im kosmetischen Bereich zur Faltenreduzierung eingesetzt und findet leider immer mehr Abnehmer/Innen. Weniger bekannt dürften die dazu vorgeschriebenen grausamen Versuche an Mäusen sein. Falten sind zwar nur ein kosmetisches Problem; die *Botox*-Behandlung wird aber als medizinische Anwendung gesehen, weshalb Tierversuche vorgeschrieben sind.

Botulinumtoxin ist das stärkste derzeit bekannte Nervengift. Schon unvorstellbar kleine Mengen können einen Menschen töten. Da diese Substanz so ungeheuer gefährlich ist, muss sie für die Anwendung am Menschen stark verdünnt werden. Jede Produktionseinheit wird, bevor sie in den Verkauf gehen kann, durch einen LD 50-Test geprüft. Dabei wird das Gift Gruppen von Mäusen in die Bauchhöhle gespritzt. Jede Gruppe erhält eine andere Verdünnung von *Botox*. So wird die Menge ermittelt, bei der genau die Hälfte der Mäuse stirbt. Für die Tiere bedeutet das furchtbare Qualen. Es kommt zu Muskellähmungen, Atemnot und Sehstörungen. Der Todeskampf kann sich über Tage hinziehen, bevor die Nager bei vollem Bewusstsein ersticken. Dabei gibt es längst tierversuchsfreie Methoden, die jedoch

nicht eingesetzt werden.

Ein Redner von der *TIRM* prangerte Tierversuche im Allgemeinen an und verwies auf die Nichtübertragbarkeit der an Tieren gewonnenen Ergebnisse auf den Menschen an einem Beispiel aus England. Dort wurde im Jahr 2006 an sechs freiwilligen Testpersonen ein neues Medikament, *TGN1412*, des Würzburger Pharmaunternehmens *TeGenero* erprobt. Nach Tierversuchen, darunter sogar an Affen, war es als ungefährlich eingestuft worden – und endete in einer Katastrophe, einem multiplen, fast tödlichen Organversagen. Mehrere Probanden leiden noch heute unter den erheblichen Nachwirkungen dieses „sicheren“ Medikaments.

Es ist zu hoffen, dass die Reden von vielen Passanten gehört wurden.

Unsere Demo führte uns dann auch zum Gebäude des Pharmaunternehmens *Merz*, das den Faltenkiller *Botox* herstellt, eine „Gelddruckmaschine“, wie Dr. Wegert in seiner Rede bemerkte.

Nach zwei Stunden waren wir wieder am Ausgangspunkt *Hauptwache* angelangt, durstig und müde nach diesem langen Tag. Wir mussten dabei an die bedauernswerten Affen in der Hirnforschung denken, die durstig gehalten werden, um bei Experimenten „mitzuspielen“.

Da wir noch eine lange Rückreise hatten, konnten wir an dem folgenden Rahmenprogramm mit Live-Musik und Show nicht mehr teilnehmen.



Fotos: Evi Gatz

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 08.05.2010

Schwerpunkthemen: Tierversuche und Alternativmethoden, Massentierhaltung, Vegetarismus, Katzenschutzverordnung



Ergebnisse der Unterschriftenaktionen:

Abschaffung von Tierversuchen	108
Keine Primatenversuche	103
Kampagne Katzenschutzverordnung	108
Sexueller Missbrauch von Tieren	108

Spenden: 48,27 Euro

1. Reihe rechts: Evi Gatz
 3. Reihe von links: Evi Gatz, Ingeborg Livaditis, Xenia und Jason Hoffmann

Fotos: W. Livaditis

1. Reihe links: Ingeborg Livaditis
 2. Reihe links: Ingrid Böll
 3. Reihe (mit Hut): Felix Zschoche
 4. Reihe links: Sarah Feesenmayr

Kampagne für eine Katzenschutzverordnung

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die Population streunender Katzen hat in Deutschland ein nie erreichtes Ausmaß angenommen. Viele dieser Tiere wurden herzlos von ihren vormaligen Besitzern vor die Tür gesetzt und kämpfen auf der Straße ums Überleben. Die Katzen haben meist eine Mangelernährung, sind anfällig für Infektionen und Parasiten, leiden z. B. an Leukose, Katzenschnupfen, Tollwut, Würmern oder Flohbefall. Dieses Elend muss dringend gestoppt werden!

Frei laufende unkastrierte Tiere vermehren sich ungehindert, bleiben sich selbst überlassen, verwildern und verelenden, wie auch ihr Nachwuchs. Eine Kätzin bekommt pro Jahr durchschnittlich zweimal Junge mit je 1,4 Weibchen. Da sich diese wiederum entsprechend vermehren, würden theoretisch nach zehn Jahren mehr als 265.000 Nachkommen leben.

Viele Tierschützer nehmen sich ehrenamtlich der Betreuung dieser Katzen an, oft in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Tierschutzverein. Sie füttern die Tiere, beobachten sie, um Krankheitsanzeichen rechtzeitig zu erkennen, fangen sie gegebenenfalls zur tierärztlichen Versorgung oder zur Kastration ein und lassen sie anschließend vor Ort wieder frei. Denn eine Vermittlung von „wilden“ erwachsenen Katzen ist selten möglich.

Die Betreuer sind nunmehr jedoch sowohl zeitlich als auch finanziell total überfordert; die Tierheime sind überfüllt und müssen teilweise sogar einen Aufnahmestopp verhängen. Da seit längerem die Spendengelder spärlicher fließen, müssen die bisher erfolgreichen Kastrationsprogramme eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Somit ist das Katzenelend allein durch Tierschützer nicht mehr einzudämmen.

In deutschen Haushalten leben ca. 7,8 Millionen Katzen, wie viele davon unkastriert sind, ist unbekannt. Vor allem auf dem Land ist leider immer noch die Auffassung

verbreitet, dass man sich um Katzen nicht kümmern müsse. Sie könnten Mäuse fangen, der Bestand würde sich durch kranke oder überfahrene Tiere von selbst regulieren, das Geld für eine Kastration könne man also sparen. Aber auch bei städtischen Freigänger-Katzen stellt sich oftmals unerwünschter Nachwuchs ein. Die entzückenden Katzenkinder finden jedoch nicht immer eine neue liebevolle Heimat, und als erwachsene Tiere werden sie oft uninteressant und lästig. Der Besitzer eines unkastrierten Katers wird mit dem unerwünschten Nachwuchs zwar nicht konfrontiert, aber er handelt verantwortungslos. Leider sind viele Katzenbesitzer uneinsichtig, weshalb zwingend auf ordnungsbehördlicher und politischer Ebene etwas geschehen muss.

Eine Lösung des Problems kann nur durch ein Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungsgebot für **alle freilaufenden Katzen** erfolgen. Ein Fütterungsverbot, wie es einige Gemeinden durchführen wollen, um die Population und den Nachwuchs einzuschränken, ist mit dem Tierschutzgesetz nicht vereinbar, da dadurch der Hungertod der Tiere billigend in Kauf genommen würde. Deshalb haben sich über 3.000 Tierheime und Tierschutzorganisationen zusammengeschlossen, um die Bundesregierung zu einer **Katzenschutzverordnung** aufzufordern. Auch wir sammeln dafür an unseren Infoständen Unterschriften.

Die Verordnung soll neben einem Kastrationsgebot auch allgemeine Anforderungen an das Halten von Katzen beinhalten. Insbesondere soll dabei auf die Bedürfnisse von „Wohnungs“katzen eingegangen werden, die keinen Auslauf ins Freie haben. Mit ihnen soll sich täglich eine Bezugsperson ausreichend beschäftigen. Außerdem sollen geeignete Spiel-, Kletter- und Kratzgelegenheiten vorhanden sein.

Welpen sollen erst im Alter von über zehn Wochen von der Mutter getrennt werden dürfen. Ab einem

Alter von acht Wochen und vor Weitergabe an Dritte sind Katzen vom Tierarzt per Mikrochip zu kennzeichnen und in einer Datenbank zu registrieren.

Mehrere Katzen müssen angstfrei zusammen leben können, ihnen muss jeweils ein eigener Rückzugsbereich zur Verfügung stehen. Die Futter-, Tränkgefäße und Toiletten müssen täglich gereinigt werden, wobei pro Katze eine Toilette benötigt wird. Den Katzen sollte es auch möglich sein, die Umgebung durch das Fenster zu beobachten, wobei diese wie auch Balkone mit geeigneten Schutzvorrichtungen ausgestattet sein müssen.

Auch für die gewerbsmäßige Zucht von Rassekatzen sind Vorschriften erforderlich sowie zusätzliche Anforderungen an das Halten von Katzen in Tierheimen und Tierpensionen. Auf dem Land gehaltene Katzen haben oftmals keinen Zugang zu Wohnräumen. Ihnen muss ein witterungsgeschützter und bei Bedarf ein warmer Schlafplatz zur Verfügung stehen.

Verboten werden soll die Amputation der Krallen sowie Qualzuchten, beispielsweise extreme Kurznasigkeit oder Schwanzlosigkeit.

Außerdem sollen die Kommunen aufgefordert werden, die örtlichen Tierschutzvereine durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, sich finanziell an den Kosten der Kastrationsmaßnahmen streunender Katzen zu beteiligen oder beispielsweise betreute Katzenfütterstellen als wesentlichen Beitrag zum Tierschutz zuzulassen.

Gute Erfahrungen mit der Kastrations- und Kennzeichnungspflicht machte bereits die Stadt Paderborn, die als erstes im Jahr 2008 eine entsprechende Vorschrift in die Kommunalverordnung aufgenommen hat. Einige weitere Städte folgten 2010.

Im Landesbeirat für Tierschutz in Baden-Württemberg wurde das Thema ebenfalls behandelt. Empfehlungen zur Regulierung von Katzenbeständen sind im Internet veröffentlicht – s. Seite 21).

Interview in **BIO-PRO**

Schwerpunktdossier tierversuchsfreie Forschung des Landes Baden-Württemberg

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Auf der Internetseite des *Biotechnology und Life Sciences Portals des Landes Baden-Württemberg* wird über die Höhepunkte aus der baden-württembergischen Forschung berichtet. Im Mai dieses Jahres ist dort als Schwerpunkt ein umfangreiches Dossier eingestellt worden, das sich unter anderem mit so genannten Alternativmethoden und dem langen Weg der behördlichen Anerkennung tierversuchsfreier Methoden befasst.

Unser Verein wurde hierzu um ein ausführliches Interview gebeten. Unsere Fachreferentin Silke Bitz, die zudem Stellvertretende Vorsitzende ist, gab zu tierversuchsfreien Methoden und ihrem derzeitigen wissenschaftlichen Stand Auskunft und informierte über Erfolge und Rückschläge. Außerdem konnte sie unsere Tierrechtsarbeit und insbesondere die Argumente für die Notwendigkeit der Abschaffung des Systems Tierversuch ausführlich darlegen.

Unter der Überschrift „*Silke Bitz – Seit 20 Jahren aktiv für die Abschaffung von Tierversuchen*“ wurde sie persönlich vorgestellt. Das dürfte auch Sie interessieren. Auszug:

„*Tierversuche sind für die Forschung weder wichtig noch nützlich*“, sagte Silke Bitz. *Die Freiburger Biologin arbeitet für „Menschen für Tier-*

rechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.“ und „Ärzte gegen Tierversuche e.V.“. In ihrer Freizeit engagiert sie sich außerdem ehrenamtlich. Sie sieht sich täglich mit dem Leid unschuldiger Lebewesen konfrontiert und beklagt die Trägheit der Politik, endlich den Weg zu einer tierversuchsfreien Forschung zu ebnet, denn Studien über die Unzuverlässigkeit des Tierversuchs gibt es ihrer Ansicht nach viele. Ihr Schwerpunkt ist die wissenschaftlich fundierte Argumentation gegen Tierversuche und die politische Lobbyarbeit. Ihr Ziel ist und bleibt: die Abschaffung aller Tierversuche...

Die Empathie für Tiere und die wissenschaftliche Argumentation gegen Tierversuche durchziehen Bitz' ganzes Leben. Sie studierte Diplombiologie an den Universitäten Freiburg und St. Andrews (Schottland). Ihre Diplomarbeit machte sie am Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung. Nach Abschluss des Studiums arbeitete sie zunächst in der Akademie für Tierschutz, der wissenschaftlichen Einrichtung des Deutschen Tierschutzbundes, bis sie 2007 zu den beiden Tierrechts-Vereinen wechselte. Bitz lebt vegan, was bedeutet, dass sie keine tierischen Produkte zu sich nimmt. „Das ist der effektivste Beitrag nicht nur zum Tierschutz, sondern auch zum Klima- und Umweltschutz, zur eigenen Gesunderhaltung, gegen Wasserverschwendung und gegen den Hunger und die Armut in weiten Teilen der Erde“ sagt sie.

Für die Tierrechte und insbesondere die Abschaffung der Tierversuche engagiert sich die 1973 in Freiburg geborene Bitz bereits seit rund 20 Jahren. „Durch meine Arbeit bin ich dann auch zu der wissenschaftlichen Überzeugung gekommen, dass Tierversuche ein schlechtes und darüber hinaus gefährliches System sind“, sagt sie...

Das Dossier und komplette Interview mit Silke Bitz sowie weitere Informationen finden Sie unter www.bio-pro.de/magazin/thema/05144/index.html?lang=de

Das Land Baden-Württemberg zeigt sich üblicherweise dem Tierschutz leider wenig zugeneigt und leiht daher der Lobby der Tierexperimentatoren immer wieder seine Stimme. Insofern ist es als positiv zu werten, dass in der stark durch Tierversuche geprägten Wissenschaftslandschaft auch der Thematik der tierversuchsfreien Forschung Raum gegeben wird. Wenn immer mehr Wissenschaftler erkennen, dass eine Forschung ohne Tiere nicht gleich das Ende von Wissenschaft und Forschung bedeutet, sondern dringend notwendig ist, um wirkliche Fortschritte und fundierte Erkenntnisse zu gewinnen, darf auch die Politik nicht untätig bleiben. Nur in der Gemeinsamkeit von Politik und Wissenschaft kann es gelingen, das barbarische und unsinnige System endlich abzuschaffen.

Veranstaltung gegen Affenversuche in Tübingen

Evi Gatz, AG Stuttgart

Am 5. Juni 2010 fand – organisiert von den *Ärzten gegen Tierversuche* – auf dem Marktplatz eine Veranstaltung mit Informationsständen, Demo und Kundgebung unter dem Motto „*Stoppt Affenqual in Tübingen*“ statt. Anlass waren Versuche zur Grundlagenforschung an Affen in dort ansässigen Instituten.

An den Infoständen wurde rege diskutiert und die Passanten zeigten großes Interesse am Schicksal der Tiere in den Versuchslaboren. Auch unsere AG Stuttgart war mit einem Stand vertreten. Wir konnten sehr viele Menschen zum Thema Tierversuche aufklären. Mit einem Neurologen ergab sich ein interessantes Gespräch. Dieser konnte zwar einen völligen Verzicht auf Tierversuche

aus seiner Sicht nicht befürworten, stimmte uns jedoch zu, dass dringend Änderungen herbeigeführt werden müssen. Zu diesem sehr sachlich geführten Gespräch gesellte sich später der Arzt und Biochemiker Dr. Wegert von *Ärzte gegen Tierversuche* hinzu. Leider konnte die spannende Diskussion nicht zu Ende geführt werden, da er auf die Bühne gerufen wurde, um seine Rede zu halten.

Am Infostand wurden auch andere Tierschutzthemen angesprochen. So war ein etwa 10-jähriger Junge sehr an der Problematik Massentierhaltung interessiert, stellte viele Fragen zur Kleingruppenhaltung von Hühnern und ließ sich über die Herkunfts-Kennzeichnung bei Eiern informieren. Das von Tierrechtsorganisationen verkaufte vegane Essen wurde genüsslich verzehrt.

An der Demo nahmen über 100 Menschen teil, die mit Plakaten durch die Tübinger Innenstadt und zu den Instituten, in denen Affenversuche durchgeführt werden, zogen. Rufe wie „Tiere haben Rechte – Tierversuch ist Mord!“ erregten die Aufmerksamkeit der umliegenden Geschäfte, und so mancher Ladenbesitzer oder Mitarbeiter schaute kurz heraus und

applaudierte.

Nachdem die Demo am Marktplatz gegen 14 Uhr zu Ende war, folgten mehrere Redebeiträge, die von Passanten und Besuchern interessiert verfolgt wurden. Auch unsere Vorsitzende, Ingeborg Livaditis, hielt eine packende Rede.

Die Veranstaltung endete gegen 16:00 Uhr, und wir fuhren mit dem guten Gefühl nach Hause, viele Menschen erreicht und auf die Problematik der Tierversuche aufmerksam gemacht zu haben.

Im *Reutlinger General-Anzeiger* erschien am 04.06.2010 die nebenstehende Ankündigung der Veranstaltung. Sowohl diese Zeitung als auch das *Schwäbische Tagblatt* berichteten anschließend ausführlich

darüber mit dem Foto unseres Transparentes.

Demonstration gegen Tierversuche

TÜBINGEN. Eine Demonstration mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz hält die Vereinigung Ärzte gegen Tierversuche am Samstag, 5. Juni, in Tübingen ab. Die Aktion ist Teil der Kampagne »Stopp Affenqual«, mit welcher der bundesweit agierende Verein mobilmacht gegen die seiner Meinung altertümliche Forschung am Hirn von Affen. »Diese Versuche sind ethisch nicht haltbar und eignen sich nicht, um menschliche Krankheiten zu heilen«, erklärt Silke Betz von Ärzten gegen Tierversuche. In Tübingen sind am Samstag von 11 bis 16 Uhr Infostände auf dem Marktplatz. Dort beginnt um 12 Uhr eine Demonstration durch die Innenstadt. Um 13.30 Uhr schließt sich auf dem Marktplatz eine Kundgebung mit Rednern an. (GEA)



1. Reihe von links: Ingeborg Livaditis, Evi Gatz, Dagmar Oest
2. Reihe links: Corina Gericke, *Ärzte gegen Tierversuche*

1. Reihe links: Ingrid Schneider



3. Reihe: Ingeborg Livaditis
 4. Reihe: Herbert Lawo, Vorsitzender *Deutscher Tierschutzbund, Landesverband Baden-Württemberg*

2. Reihe: Moderatorin Silke Bitz
 3. Reihe: Gabriele Busse, ehemalige Diplomandin am MPI
 4. Reihe: Dr. Wolfgang Wegert, *Ärzte gegen Tierversuche*
 Fotos: W. Livaditis

Recht auf Leben auch für Affen

Rund 100 Aktivisten demonstrierten in Tübingen gegen Tierversuche

Die Demo gegen Tierversuche am Samstag war kleiner als jene 2009. Redner forderten ein Ende der Versuche mit Affen an Tübinger Instituten.

FABIAN ZIEHE

Tübingen. „Wir haben die Veranstaltung nicht ganz so groß aufgezogen“, sagte Silke Bitz vom Verein „Ärzte gegen Tierversuche“. Bei der ersten Demo zogen trotz Regens 400 Tierversuchs-Gegner durch Tübingen. Am Samstag strahlte die Sonne über dem Marktplatz. Dennoch kamen nur gut hundert Tierversuchgegner zum Marsch ins Univiertel.

„Diese Demo hat 'ne Meise, sie ist nämlich ziemlich leise – und außerdem hat sie Löcher“, rief ein Demonstrant den Mitlaufenden zu. Der Zug brauchte Zeit, um sich zu formieren. Erst in der Schmiedtorstraße bildete sich ein kompakter Protestzug. Mit Parolen wie „Tiere haben Rechte, Tierversuch ist Mord“ und „Raus aus den Laboren“ ging es über den Stadtgraben zur Neuen Au-

la und die Rümelinstraße zurück. Die Polizei lenkte den Zug an den Straßenrand und auf den Gehweg. Vereinzelt kam es zu Verkehrsbehinderungen. Bis auf das Entrollen des Banners „Tierversuchsstadt Tübingen“ am Uni-Laden gab es keine Aktionen am Rande. Auf Transparenten forderten die Demonstranten den „Stopp der Affenversuche“ und „Menschen für Tierrechte“.

Auf dem Marktplatz sprach Gabriele Busse, Ex-Diplomandin am Tübinger Max-Planck-Institut (MPI), das als eines von drei Instituten in der Unistadt Tiere bei Forschungsarbeiten einsetzt. Sie hat in dem Gebäude gearbeitet, in dem auch die Tierversuchs-Labore untergebracht sind. Mit manchmal zitternder Stimme berichtete sie von ihrer Zeit im MPI. Sie habe von den Versuchen nichts gewusst und habe durch Zufall das Labor entdeckt, wo Rhesusaffen für das Öffnen der Schädeldecke betäubt würden.

Als sie bei der Öffentlichkeitsarbeit wegen der Versuche nachfragte, habe man im MPI mit „Verfolgungswahn“ reagiert. „Viele meinten, ich

sei ein extremistischer Tierversuchgegner.“ Zwar hat Busse die Arbeit am MPI abgeschlossen, aber mit „schlechtem Gewissen“. Wie bei der Demo 2009 warb sie für öffentlichen Druck gegen die Versuche.

Ingeborg Livaditis, Landesvorsitzende von Menschen für Tierrechte, kritisierte das Land Baden-Württemberg. Es setze weiter auf Versuche, die in Hamburg, Bremen und Bayern bereits verboten seien. Der Vorsitzende des Landestierschutzbundes, Herbert Lawo, bezeichnete die Pharma-Forscher, die auf Tierversuchen setzen, als „Möchtegern-Menscheitsretter“.

Viele Zuhörer zogen sich in den Schatten der Stände zurück, an denen Info-Material und veganes Essen angeboten wurde. Der Platz vor der Bühne leerte sich. Doch Bitz ist überzeugt, dass solche Protest-Aktionen wie am Samstag etwas bewegen. 70 000 Postkarten habe man schon an das Land geschickt, um gegen die Hirnforschung an Affen zu protestieren. „Die Resonanz der Bevölkerung ist enorm“, sagte Bitz.



Mit Bannern und Parolen zogen Tierversuchs-Gegner am Samstag vom Tübinger Marktplatz ins Univiertel.

Bild: Sommer

Schwäbisches Tagblatt, Tübingen, 07.06.2010

links: Evi Gatz, rechts: Dagmar Oest

Bericht über die Mitgliederversammlung

Unsere Mitgliederversammlung fand, wie im letzten Heft angekündigt, am 06.06.2010 in Stuttgart statt. Teilgenommen haben 17 stimmberechtigte Mitglieder.

Die Vorsitzende, Ingeborg Livaditis, berichtete über die Vorstandstätigkeiten, die sowohl politische Aktivitäten als auch Öffentlichkeitsarbeit umfassen. Durch Infostände und größere Aktionen, die Vereinszeitschrift und unsere Internetseiten informieren wir die Bevölkerung über Tierschutzthemen; an die baden-württembergischen Medien werden Pressemitteilungen versandt. Weltweite E-Mail-Protestaktionen von namhaften Tierschutzorganisationen werden laufend zur Beteiligung für unsere Aktiven durchgesehen und aufbereitet.

Silke Bitz, die Stellvertretende Vorsitzende, informierte über unsere Beteiligung an einer EU-Umfrage zur Gemeinsamen Agrarpolitik. Außerdem befasste sich eine Arbeitsgruppe des Landesbeirats für Tierschutz, der sie angehört, aufgrund der anstehenden Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie vor allem mit der ethischen Abwägung bei der behördlichen Genehmigung von Tierversuchsanträgen.

Die zweite Stellvertretende Vorsitzende, Marie-Luise Strewe, konnte leider krankheitsbedingt nicht anwesend sein. Die Vorsitzende berichtete

deshalb über ihre Mitarbeit im Redaktionsteam und ihre Leserbriefe, die meist veröffentlicht werden.

Vorstandsmitglied und Leiterin der AG Horb, Dagmar Oest, führte ihre erste Unterrichtsstunde in einer Schulklasse an sowie ihre Teilnahme an Demonstrationen.

Schriftführerin Sarah Feesenmayr, die in der Stuttgarter AG mitarbeitet, war wegen Urlaubs entschuldigt.

AG-Leiterin Anita Renner berichtete von dem Engagement ihrer Gruppe beim örtlichen Privatsender *Sthörfunk*, bei dem sie seit April diesen Jahres Tierschutzthemen produzieren und senden können.

Ingeborg Livaditis, welche interimweise die AG Stuttgart leitet, konnte auf eine positive Entwicklung durch neue Aktive hinweisen.

Schatzmeisterin Marina Förster trug den Kassenbericht vor, der gern bei unserer Geschäftsstelle angefordert werden kann. Im vergangenen Jahr waren die Spenden auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage leider rückläufig. Diese Entwicklung deckt sich mit anderen Tierschutzvereinen, die laut einer Umfrage unter 200 Tierheimen einen Spendenrückgang von bis zu 30% verzeichneten.

Die Kassenprüfung bescheinigte eine ordnungsgemäße und übersichtliche Buchführung; die Vereinsgelder

seien satzungsgemäß verwendet worden. Die anschließende Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig bei eigener Enthaltung.

Unser zweiter Kassenprüfer konnte aus gesundheitlichen Gründen an dem Prüfungstermin leider nicht teilnehmen. Da zu befürchten ist, dass er auch im nächsten Jahr dieses Amt nicht mehr wahrnehmen kann, lag ein Antrag zur Neuwahl vor. Als Nachfolger wurde Siegfried Bosch bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme gewählt.

Anschließend ging die Vorsitzende noch kurz auf die politische Lage ein. Mit der jetzigen, rein wirtschaftsorientierten Bundesregierung könne man keinen Durchbruch im Tierschutz erzielen. Sowohl die Bauern- als auch die Wissenschaftsverbände hätten eine sehr starke Lobby, der Verbraucher wie auch der Tierschutz würden stark vernachlässigt. Das Wissenschaftsministerium sei mit dafür verantwortlich, dass wesentliche vorgesehene Verbesserungen bei der neuen EU-Tierversuchsrichtlinie wieder zurückgenommen, also verschlechtert worden seien.

Zum Abschluss dankte die Vorsitzende den MitarbeiterInnen und allen Aktiven für die gute Zusammenarbeit und ihr großes Engagement.

Beim veganen Buffet, das großen Anklang fand, ergaben sich rege Diskussionen zu Tierschutzthemen.

Veröffentlichte Leserbriefe unserer Aktiven

KÄFIGHALTUNG

Schön wär's

Zu „Aus für Legebatterien“/SK 30.12.

Schön wär's! Die Tierindustrie hat das Wort „Kleingruppenhaltung“ kreiert für einen etwas größeren Käfig, in dem aber bei der darin erlaubten Hühnerzahl nicht mal eine zwei Postkarten größere Fläche pro Huhn existiert als im bisherigen 1-DIN-A4-Käfig pro Huhn. (Die Decke über der kleinen Sitzstange ist so niedrig, dass Hühner nur geduckt

darauf sitzen können.) Die Eierkennzeichnung ist praktisch unverändert: 0 = ökologische Haltung (Freiland?/Boden?); 1 = Freiland (artgerechte Haltung); 2 = Bodenhaltung (neun Tiere pro Quadratmeter, also nicht sehr viel besser als „Kleingruppen“, nur weniger schlimm!); 3 = „Kleingruppenhaltung“ = kaum größerer Käfig (siehe oben). Jeder Konsument, dem Tiere leid tun, verzichtet von selber auf Eier aus nicht artgerechter Haltung.

A. Lenzinger-Conradi
78467 Konstanz

Südkurier; Anfang Januar 2010

Armer Stier

(22/10) Maulheld

Für die Anteilnahme am Genesungsprozess dieses Stierquälers habe ich gar kein Verständnis – meine Gedanken sind in Trauer bei dem bedauernswerten Stier und seinen Leidensgenossen, die für das blutrünstige Spektakel Stierkampf gequält und getötet werden!
Dagmar Oest, 72250 Freudenstadt

Focus Nr. 22/10, 31.05.2010

ZUM ARTIKEL „THERAPIEERFOLGE
DANK DER LÄCHELNDEN DELFINE“
AM 20. MÄRZ

„Lächeln“ verdeckt nur die Not

Wie der Zufall will, erschien im aktuellen Heft von „Psychologie Heute“ ebenfalls ein Beitrag zur Delfintherapie unter dem Titel „Doc Dolphin – magischer Heiler oder ausgebeutete Kreatur?“ Der Verfasser Colin Goldner, klinischer Psychologe und Esoterikkritiker, kam zu dem vernichtenden Urteil: Der angeblich heilende Effekt einer Begegnung mit Delfinen, unter anderem bedingt durch die Ultraschallfrequenzen der Klicklaute, muss ins Reich der Mythen und Märchen verwiesen werden. Auch Maria Kaminski, die Präsidentin des Bundesverbandes Autismus Deutschland lehnt die Delfintherapie ab, da es „keine wissenschaftlichen Beweise dafür gebe, dass eine Delfintherapie autistischen Kindern zu Förderung und Heilung verhilft“. Ebenso ziehen die renommierten Neuropsychologen der Emory University (Atlanta, USA) Lori Marino und Scott Lilienfeld aufgrund ihrer Überprüfung neuerer wissenschaftlicher Arbeiten ein ernüchterndes Resümee – nämlich, dass die „Hinweise auf eine dauerhafte Verbesserung der Kernsymptome psychischer Störungen durch eine Delfintherapie gleich null sind.“

Abgesehen davon ist die Haltung von Delfinen und Orcas in Gefangenschaft eine Tierquälerei. Die intelligenten Meeressäuger sind ständigem Stress ausgesetzt und können ihre natürlichen Verhaltensweisen in keinsten Weise ausleben. Um überhaupt am Leben zu bleiben, müssen sie vom Moment ihrer Gefangennahme an mit Antibiotika und Betablockern behandelt werden. Ihr „Lächeln“ verdeckt nur ihre Not. Nachzuchtprogramme bleiben häufig erfolglos, hohe Todesraten erfordern ständig neue Wildfänge, die für die Tiere immer traumatisch und zum Teil an Grausamkeit nicht zu überbieten sind, wie Ric O’Barry, ehemaliger Trainer von „Flipper“ in dem Oscar-gekrönten Dokumentarfilm „Die Bucht“ drastisch vor Augen führt. Sein Fazit: „Kontakt zu Tieren kann eine Therapie unterstützen, aber nur, wenn er über einen längeren Zeitraum hin als Beziehung angelegt ist. Kurzzeitige Begegnungen wie bei DAT (Dolphin Assisted Therapy) bewirken über den momentanen Erlebniswert hinaus nichts.“

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

Der Teckbote, 27.03.2010

Hörte niemand die armen Tiere?

Betrifft: »Veterinäre finden tote Rinder« auf der Seite Baden-Württemberg vom 25. März

Unvorstellbar: Ein Bauer lässt die ihm auf Gedeih und Verderb ausgelieferten Tiere jämmerlich verenden. Doch Verhüngern tut höllisch weh, diese Rinder müssen tage- oder wochenlang gebrüllt haben. Weshalb hat da niemand reagiert? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das langsame, schreckliche Sterben so vieler Tiere niemandem aufgefallen ist. Hat man womöglich gedacht, das sind ja »nur Tiere«, die so oder so dem Tod geweiht sind?

**Dagmar Oest
Freudenstadt**

Schwarzwälder Bote, Ausg. Freudenstadt,
30.03.2010

Leider wurde der Leserbrief gekürzt

Längst unnötig

Zum Thema Tierversuche („Leiden sie für uns?“) von Beate Schierle)

Ein großes Dankeschön dem SÜDKURIER, dass er auch mal die völlig unnötige Tierquälerei neugieriger Forscher angeprangert hat! Die pseudo-medikamentösen Tierversuche sind längst unnötig, weil genügend Alternativmethoden erforscht wurden, da der menschliche Stoffwechsel bekanntlich nicht mit dem von Ratten und Mäusen etc. vergleichbar ist. Es ist höchste Zeit, dass endlich die Alternativ-Methoden als allein gültig zugelassen werden. Denn Tierversuche sind nicht nur grausam, sie können auch kein Glück bringen, da wahre Heilung weder durch Symptomverschiebung oder Gewinnorientiertheit noch (*) Kreaturen erschlichen werden kann. Gebe es Gott, dass in unserer aufgeklärten Zeit endlich Tier-KZs und Tiersklaverei zur finsternen Vergangenheit gehören.

A. Lenzinger-Conradi, 78467 Konstanz

(Abschrift)

Südkurier, 07.04.2010

(*) Korrektur

vom Südkurier am 19.04.2010:

In unserem am 7. April veröffentlichten
Leserbrief von Anneliese Lenzinger-Con-

radi („Längst unnötig“) wurde leider bei der Seitenkorrektur ein Satz so verändert, dass er zusammenhanglos blieb. Der komplette Satz lautet: „Denn Tierversuche sind nicht nur grausam, sie können auch kein Glück bringen, da wahre Heilung weder durch Symptomverschiebung oder Gewinnorientiertheit noch durch milliardenfache Qual und Todesangst hilfloser Kreaturen erschlichen werden kann.“ -

Wir bitten um Entschuldigung.

Leserbrief-Redaktion

Stierhatz in Pamplona ist grausam

Durch enge Gassen getrieben

Welch Zynismus doch dem Titel des Artikels zur Stierhatz in Pamplona innewohnt! „Stierhatz mit glimpflichen Ausgang!“ Gott sei Dank ist nichts passiert. Nur zwei Menschen leicht verletzt, kein Toter am ersten Tag der Hatz in Pamplona.

Und ob etwas passiert ist! Grausame Gewalt ist passiert, grausame Gewalt gegenüber Tieren, die durch die engen Gassen getrieben werden.

Grausame Gewalt, für die eine Million Touristen, die jedes Jahr zur Tierhatz anreisen, mitverantwortlich sind. Mitverantwortlich dafür, dass die vorher ohne Tageslicht eingesperrten Tiere mit Elektroschockern auf die Straße getrieben werden. Mitverantwortlich dafür, dass sie zunächst vom Tageslicht geblendet sind und kaum etwas sehen. Mitverantwortlich dafür, dass sie geschlagen werden und in ihrer Panik oftmals in den engen Gassen ausrutschen und sich dabei oft schwer verletzen. Mitverantwortlich dafür, dass die Tiere, nachdem sie die Hölle der Hatz überstanden haben, blutig und grausam in der Stierkampfarena massakriert werden. Traditionelles Töten Jahr für Jahr in Pamplona.

**Beate Häberle
Markus Sieker
Bühlerzell**

Haller Tagblatt, 17.07.2010

Landesbeirat für Tierschutz

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die zweite Sitzung des Landesbeirats für Tierschutz in diesem Jahr fand am 28.06.2010 statt. Nachdem in der ZDF-Sendung *Frontal 21* am 06.04.2010 erneut über bundesweite **Misstände in Schlachthäusern** berichtet wurde, ergänzten wir unseren von der letzten Sitzung im Februar bereits vorliegenden Antrag zum Schlachten. (Wir berichteten darüber in Heft 1/2010.)

In der Sendung, die entsetzliche Aufnahmen zeigte, führte der Leiter der Lebensmitteltechnologie bei der *Bundesanstalt für Fleischforschung* in Kulmbach, Prof. Klaus Tröger, aus, dass pro Schwein nur etwa zwei Sekunden Zeit wären, um die Schlagadern zu durchtrennen. Bei diesem Tempo würden die Schlachter häufig große Blutgefäße verfehlen oder gar einzelne Tiere übersehen.

Von der *Bundestierärztekammer* kam Prof. Fehlhaber zu Wort. Dieser hatte bereits im Herbst 2009 auf ihrem Bundeskongress kritisiert, dass ca. 500.000 Schweine vor der Schlachtung nicht ausreichend betäubt oder nicht sachgerecht entblutet werden. Geschehen sei bisher allerdings nichts, um die Zustände zu ändern.

Grundsätzlich wurde zudem die Betäubung per Kohlendioxidgas bemängelt, die zwar billig ist und bei der mehrere Tiere gleichzeitig betäubt werden, die Schweine würden dabei jedoch Panikattacken erleiden.

In der Sendung hieß es weiter, dass bei Rindern vier bis sieben Prozent Fehlbetäubungen in Kauf genommen und jährlich mehr als 200.000 Rinder unbetäubt zerlegt würden.

Dass Tiere bei vollem Bewusstsein in die Brüh- und Zerlegemaschinerie gelangen, ist eindeutig ein Gesetzesverstoß. Das bestätigte auch Bundesministerin Aigner in der Sendung. Sie verwies auf die neuen

EU-Vorschriften. Diese verbieten allerdings keine der bisherigen mangelhaften Betäubungs- und Schlachtmethoden und treten zudem erst 2013 in Kraft. Aber selbst die heutigen Bestimmungen werden nicht eingehalten! Prof. Tröger jedenfalls meldet seit Jahren dringenden Handlungsbedarf an, bisher ohne Erfolg. Dabei wurde bereits im Tierschutzbericht 2007 erwähnt, dass die Regierung alles unternehmen würde, um die Situation nachhaltig zu verändern.

Es ist unfassbar, wie lange Politiker das entsetzliche Tierleiden hinnehmen. Wir Tierschützer können diese Zustände aber nicht bis zum Jahr 2013 tolerieren, zumal es bereits Methoden und Kontrollgeräte gibt, die den Tod eines Tieres sicherstellen, ehe es weiterverarbeitet wird. Doch kaum ein Schlachthof hat die aufwändigen Kontrollgeräte bisher installiert.

Der *Bundesverband Praktizierender Tierärzte (bpt) e.V.* wies daraufhin, dass Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen in Schlachthöfen nur durch verschärfte Kontrollen beim Entladen und bei der Betäubung der Tiere durch amtliche Tierärzte behoben werden können. Aus Personalmangel würden jedoch zu wenige Kontrollen durchgeführt. Deshalb sei eine deutliche Aufstockung des tierärztlichen Personals erforderlich.

Wir stellten den Antrag, dass die Landesregierung dieser Forderung Rechnung tragen soll, damit zumindest in Baden-Württemberg der Einhaltung der Tierschutz-Schlachtverordnung und des Tierschutzgesetzes Genüge getan werden kann. Gleichzeitig würde das ein Signal für die anderen Bundesländer setzen. Ferner beantragten wir die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen oder wird sie in absehbarer Zeit ein-

leiten, um die Misstände zu beheben?

- Gibt es einen Zeitpunkt, bis zu dem die Schlachthöfe mit zertifizierten Betäubungsanlagen sowie mit modernsten Kontrollgeräten ausgestattet sein müssen?

Ferner beantragten wir, zur nächsten Sitzung einen der vorhin genannten Experten oder auch einen Sachverständigen vom *Beratungs- und Schulungsinstitut für schonenden Umgang mit Zucht- und Schlachttieren (bsi)* einzuladen, um mit ihnen zu diskutieren, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Misstände abzustellen.

Das Ministerium erklärte sich zur Einladung eines Experten bereit; in der nächsten Sitzung im November soll dann das Thema Schlachten behandelt werden. Hinzugezogen werden soll auch der Leiter eines großen Schlachtbetriebes.

Die **Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Kriterien zur Bewertung von Tierversuchsanträgen** löste grundsätzliche Fragen zu den Aufgaben des Beirats aus, die in der nächsten Sitzung behandelt werden sollen. Kritisiert wurde eine Stellungnahme der Länder zum **Kommis-sionsentwurf der EU-Tierversuchsrichtlinie**. Hierzu war von der Abgeordneten Rastätter MdL (*Grüne*) ein Antrag an die Landesregierung eingebracht und am 10.06.2010 im Plenum behandelt worden – s. nachfolgender Bericht. Das Ministerium teilte mit, dass der Rat die neue EU-Richtlinie am 03.06.2010 angenommen hat. Sie muss jetzt noch vom Europäischen Parlament gebilligt werden. Innerhalb von zwei Jahren nach ihrem Inkrafttreten ist sie in nationales Recht umzusetzen.

Zur Anfrage nach der Förderung zur **Umstellung von der Anbindehaltung auf Laufställe bei Milchkühen** teilte das Ministerium mit, dass in den letzten drei Jahren 120

Betriebe umgestellt hätten und ihr Anteil bei den insgesamt geförderten Milchviehställen jeweils ca. 24 % beträgt.

Der an der letzten Sitzung vorgelegte Antrag zur **Vereinheitlichung der Gesetze und Verordnungen zur Haltung gefährlicher Hunde** scheiterte erneut an der Haltung des Innenministeriums, das diesen kategorisch ablehnt. Ebenso wenig erfolgt die geforderte Erstellung einer Beißstatistik, da diese nicht zum Ziele führen würde.

Die **Tagung „Animal Hoarding“**, die in Zusammenarbeit mit dem Ministerium, der Akademie ländlicher Raum und des Landestierschutzverbands durchgeführt wurde, war mit ca. 150 Personen gut besucht. Aus anderen Bundesländern liegen hierzu Anfragen vor. Zur Frage der Kostenbeteiligung von Kommunen zu diesen Tierschutzfällen wird das Ministerium noch Hinweise erstellen.

Das Ministerium berichtete über die **Schwerpunktkontrollen bei Tiertransporten**. Im letzten Jahr wurden diese je drei Wochen im Juli und November gemeinsam von den Veterinärbehörden und der Polizei durchgeführt, was aus unserer Sicht viel zu wenig ist. Insgesamt fanden 4.048 Kontrollen statt. Die festgestellten Verstöße reichten von der Beförderung transportunfähiger Tiere bis zur mangelhaften Dokumentation. An den Bestimmungsorten wurden 37.300 Kontrollen durchgeführt.

Die Arbeitsgruppe, die sich mit dem Antrag auf eine kommunale **Katzenschutzverordnung** zur Regulierung der unkontrollierten Vermehrung von Hauskatzen befasste, erarbeitete eine lange sowie eine kurze Fassung und stellte sie dem Landesbeirat vor. Nach kleineren Änderungen wurde die Kurzfassung beschlossen, die Langfassung soll nochmals überarbeitet werden. Das Ministerium wurde gebeten, zunächst die Kurzfassung bekannt zu machen und insbesondere den Kommunalverbänden zur Kenntnis zu geben. In der Pressemitteilung des Ministeriums vom 09.07.2010 wurde das Thema aufgegriffen. Inzwischen stehen beide Fassungen im Internet:

Kurzfassung:

http://www.ml.r.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Katzenempfehlung_Kurz.pdf

Langfassung:

http://www.ml.r.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Katzenempfehlungen_Lang.pdf

Weitere Hintergrundinformationen s. Seite 14.

Zu einer Bundesratsinitiative bezüglich einer **Kastrationsverpflichtung für Katzen im Tierschutzgesetz** wurde von Seiten des Tierschutzes angeführt, dass die Möglichkeiten in § 16a des Tierschutzgesetzes (Überwachungsmaßnahmen) nicht ausreichend seien, wonach aus Tierschutzgründen eine Kastration angeordnet werden kann. Es wurde in diesem Paragraphen eine gesonderte Regelung vorgeschlagen. Der Landesbeirat für Tierschutz bat das Ministerium, den Antrag in der nächsten Sitzung erneut mit einer Bewertung der Rechtslage und des Regelungsbedarfs vorzulegen.

Seit längerem wird von Tierschutzorganisationen eine **Verordnung zur Haltung von „Zucht-“, „Mast-“ und „Wollkaninchen“** gefordert. Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner kündigte am 29.03.2010 an, in dieser Legislaturperiode einen Entwurf vorzulegen. Bei Tierschutzorganisationen war die Enttäuschung groß, als bekannt wurde, dass als wesentliche Grundlage ein Gutachten von Prof. Hoy hinzugezogen werden soll. Dieses ist aus ihrer Sicht nicht geeignet, tierschutzgerechte Anforderungen zu erstellen. Als besonders kritisch stellte sich heraus, dass für die Untersuchungen ausschließlich Käfighaltungen herangezogen wurden. Vergleiche zu tiergerechteren Haltungsformen, wie Bodenhaltung oder kombinierte Stall-Auslaufhaltungen, wurden nicht berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Mindestflächen von 700 cm² für 5 bis 8 Tiere sind deutlich zu klein bemessen.

Empörend ist, dass die Intensivhaltung trotz einer Sterblichkeitsrate von bis zu 22 % und Erkrankungen der Tiere (beispielsweise Darm- und Atemwegserkrankungen) bis zu 35 % befürwortet wird. Sogar Metall-

gitterböden werden in dem Gutachten als grundsätzlich geeignet bewertet, obwohl aufgrund dieser Haltungwunde Läufe die dritthäufigste Todesursache bei Zuchtkaninchen sind. Eine tiergerechte Käfighaltung ist auch aus Sicht der Bundestierärztekammer nicht möglich.

Zwar liegt die Entscheidung beim Bundeslandwirtschaftsministerium, dennoch bat der Beirat das Landesministerium, sich dafür einzusetzen, dass zur Beurteilung der Mindestanforderungen an eine tiergerechte Kaninchenhaltung ein weiteres Gutachten von einem der führenden Experten eingeholt wird.

Da eine bundesweite Regelung noch längere Zeit dauern wird, hatte Landwirtschaftsminister Köberle, der bei der Sitzung teilweise anwesend war, bereits die Kaninchenhalter in Baden-Württemberg aufgefordert, möglichst kurzfristig Verbesserungen einzuführen.

Das Ministerium berichtete über die Kontrollen zum **moslemischen Ibrahim- und Opferfest 2009**. Es wurde nur ein einziger Antrag zur Erteilung einer Ausnahmeregelung zum Schächten gestellt, der jedoch vom Antragsteller wieder zurückgenommen wurde. Ein Landratsamt hat einen befristeten Antrag auf Zulassung der Elektrokurzeitbetäubung genehmigt. Allerdings wurde bei Kontrollen festgestellt, dass mindestens 14 Schafe ohne Betäubung geschlachtet worden sind. (Wir gehen aber davon aus, dass weitere illegale Schlachtungen ohne Betäubung unentdeckt geblieben sind.) Gegen die Beteiligten wurde Anzeige erstattet. Das Ministerium wird die zuständigen Behörden auch künftig bitten, die in Frage kommenden Schlachttstätten während der muslimischen Opferfeste intensiv zu kontrollieren. Der Landesbeirat bat um eine bundesweite Erhebung zum Umfang des illegalen Schächtens und der Zahl der genehmigten und abgelehnten Anträge auf betäubungsloses Schächten.

Der Beirat unterstützte den Antrag des Landestierschutzverbandes Baden-Württemberg auf **finanzielle Bezuschussung von Igelnothilfen** in Höhe von 30.000 Euro. Die sehr zeitaufwändige ehrenamtliche Arbeit

würde eigentlich nach dem Naturschutzgesetz in den Aufgabenbereich der Naturschutzbehörde fallen.

Erfreulicherweise sagte das Ministerium eine **finanzielle Unterstützung von Tierheimen** durch das Land Baden-Württemberg zu. Aus Mitteln der *CDU*-Fraktion werden für die Jahre 2010 und 2011 außerplanmäßig jeweils 500.000 Euro für dringend erforderliche Baumaßnahmen in Tierheimen zur Verfügung gestellt. Diese Förderung ist absolut notwendig, denn die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Sozialgesetze (z.B. *Hartz IV*) schlagen sich auch im praktischen Tierschutz negativ nieder. Immer mehr Tiere werden aus finanziellen Gründen in Tierheimen abgegeben, das Spendenaufkommen ist eingebrochen. Notwendige Investitionen sind nicht mehr möglich. Auch die Tierversmittlung ist schwieriger geworden. Vor allem größere Hunde sind aus finanziellen Gründen kaum mehr vermittelbar.

Die entsprechende Verwaltungsvorschrift wurde am 01.06.2010 erlassen.

Zu der Kostentragung von **herrenlosen Tieren und Fundtieren** haben das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und das Innenministerium übrigens Hinweise erarbeitet, deren Einzelheiten im Internet einzusehen sind unter:

http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/mlr/allgemein/Herrenlose_Tiere.pdf

Das Ministerium informierte darüber, dass die Bewertungskommission des **Schülerwettbewerbs zum Tierschutz**, der ich angehöre, am 19.05.2010 getagt hat. Die Bewer-

bungen wurden anhand der Kriterien Idee/Kreativität, Nachhaltigkeit, Dokumentation des Projekts, Anspruch/Außen- und Innenwirkung sowie Aufwand bewertet. Die Auszeichnung der Preisträger fand am 19.07.2010 in der Landesgartenschau in Villingen-Schwenningen statt. Wir werden darüber in unserem nächsten Heft ausführlich berichten.

Zum Schluss wurde über die **Novellierung der Kormoranverordnung** diskutiert. Näheres hierzu in der folgenden Pressemitteilung des Ministeriums zur Sitzung.

Pressemitteilung 179/2010 Landesbeirat für Tierschutz befasst sich mit der unkontrollierten Vermehrung von Katzen und der geplanten Novellierung der Kormoranverordnung

Empfehlungen zur Regulierung von Katzenbeständen veröffentlicht



09.07.2010 Am Montag (28. Juni) hat der beim Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz angesiedelte Landesbeirat für Tierschutz Empfehlungen zur Regulierung von Katzenbeständen beschlossen. Der Landestierschutzbeirat weist darauf hin, dass die Tierheime regelmäßig mit Katzen überfüllt sind. Die Tierschutzvereine und viele engagierte private Tierschützer seien mit diesem anhaltenden Problem auf Dauer überfordert. Die Empfehlungen des Beirats richten sich daher an Katzenhalter, die ihre Katzen rechtzeitig kastrieren und kennzeichnen lassen sollten, um ungewollten Nachwuchs zu vermeiden.

Weiterhin sind die Gemeinden und Tierärzte aufgerufen, bei der Kastration und Betreuung frei lebender Katzenbestände mitzuhelfen. In vielen Gemeinden gebe es verwilderte Katzenpopulationen, die sich unkontrolliert vermehren. Auch hier müssten die Tiere konsequent kastriert und betreut werden, so der Landestierschutzbeirat.

Jeder Tierhalter sei verpflichtet, sich ausreichend um seine Tiere zu kümmern. Neben der Versorgung mit geeignetem Futter und Wasser, dem Impfen und Entwurmen gehöre dazu auch die Kastration aller Katzen mit Freigang. Sie sei das einzig wirksame Mittel, um das Problem unkontrollierter Vermehrung in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus sollten Katzenhalter ihre Tiere eindeutig kennzeichnen und registrieren lassen.

Regulierung von Kormoranbeständen in Baden-Württemberg

Der Landesbeirat für Tierschutz hat sich in seiner Sitzung außerdem kritisch mit den aktuellen Planungen der Landesregierung zur Novellierung der Kormoranverordnung auseinandergesetzt. Der Landesbeirat begrüßt das geplante Monitoring zur Erhebung der Populationsdichte der in Baden-Württemberg ganzjährig lebenden bzw. nur überwinternden Kormorane. Er fordert aber die Durchführung dieser Bestandsaufnahme vor der Festbeschreibung neuer Regelungen zur Regulation der Bestände.

Die Beschlüsse des Landestierschutzbeirats sind auf der Homepage des Ministeriums abrufbar unter:

http://www.mlr.baden-wuerttemberg_fuer_Tierschutz/22431.html

Anträge und Landtagsdebatte zu Tierversuchen

Am 10. Juni 2010 fand im Landtag Baden-Württemberg eine Debatte zum Thema Tierversuche statt. Hintergrund sind zwei Anträge der Abgeordneten Renate Rastätter MdL und anderen *Grünen* vom April letzten Jahres sowie ein Änderungsantrag hierzu vom Juni diesen Jahres. Über

diese Anträge wurde nun im Landtag diskutiert und abgestimmt.

Der Antrag vom 08.04.2009 befasste sich mit der **generellen Thematik der Tierversuche** in Baden-Württemberg. Mit diesem Antrag sollte die Entwicklung der Tierversuchszahlen in Baden-Württemberg,

aufgeschlüsselt nach Tierarten und Versuchszweck, ermittelt werden. Offengelegt werden sollten aber auch die Maßnahmen und Ziele der Landesregierung zur Vermeidung und Reduzierung von Tierversuchen. Angefragt wurde zudem, an welchen Einrichtungen Tierversuche durchge-

führt werden und wie viele Genehmigungsanträge in den Jahren 2006 bis 2008 gestellt wurden und weiteres mehr.

Aus der Antwort der Landesregierung: Im Berichtszeitraum waren es 53 Einrichtungen, die sich wie folgt aufgliedern:

22 privatwirtschaftliche Unternehmen
11 staatlich geförderte privatrechtliche Institute
9 Hochschulen/Universitätskliniken
3 staatliche Untersuchungseinrichtungen des Landes
2 Institute einer unabhängigen, gemeinnützigen Forschungsorganisation sowie
6 Landes-, Bundes- und EU-Forschungseinrichtungen.

Von 2006 bis 2008 wurden 392, 483 bzw. 514 Genehmigungsanträge gestellt, nur anzeigepflichtig waren 127, 84, bzw. 85.

Die interessantesten Zahlen der **Versuchstierstatistik:**

2004 insgesamt 483.327 Tiere, davon
122 Affen, 3 Katzen, 443 Hunde
2005 insgesamt 485.351 Tiere, davon
89 Affen, 3 Katzen, 443 Hunde
2006 insgesamt 575.012 Tiere, davon
44 Affen, 0 Katzen, 465 Hunde
2007 insgesamt 587.426 Tiere, davon
52 Affen, 0 Katzen, 306 Hunde.

Erfreulicherweise ist vor allem bei Affen ein Rückgang festzustellen. Die meisten „Versuchs“tiere waren je ca. 100.000 Mäuse und zwischen 10.000 und 15.000 Ratten. Insgesamt nahmen die Tierversuche nicht nur bundesweit zu, sondern auch in Baden-Württemberg, obwohl sie auf das „unerlässliche Maß“ beschränkt sein sollten. Erschreckend ist die Zunahme von „transgenen“, also genmanipulierten Tieren, die von 59.538 auf 117.820 im Jahr 2007 anstiegen. Dies spiegelt sich auch in der biologischen Grundlagenforschung wieder, bei der sich der „Verbrauch“ von 164.853 Tieren im Jahr 2004 auf 239.672 Tiere im Jahr 2007 erhöhte. Die Zahlen von 2008 lagen zur Antwort der Landesregierung noch nicht vor.

Bei der Frage nach konkreten Schritten zur Senkung der Tierversuchszahlen wurde u.a. auf die Universität Konstanz mit der bundesweit ersten Professur zur Entwick-

lung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch hingewiesen. Verschwiegen wurde allerdings, dass die Stiftungsprofessur weitgehend aus Mitteln der *Doerenkamp-Zbinden Stiftung* finanziert wird. Berichtet wurde auch über die Forschungsförderung solcher Verfahren in Höhe von 300.000 Euro jährlich und den Forschungspreis mit 25.000 Euro jährlich. Lapidar hieß es weiter, dass Firmen, Universitäten und Behörden mit Unterstützung der Landesregierung einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Validierung von Ersatzmethoden leisten würden. Dies scheint uns allerdings eher ein Wunschdenken zu sein.

Natürlich fehlt in der Stellungnahme der obligatorische Satz nicht: *Das Ministerium nimmt das Thema Tierversuche sehr ernst ...* (Allerdings wurde der vorhin angeführte Forschungsetat für so genannte Alternativmethoden in diesem Jahr aus Haushaltsgründen wieder gestrichen!)

Baden-Württembergs Ministerpräsident habe am 04.03.2008 folgende Beschlüsse gefasst: Er spricht sich für eine Begrenzung von Tierversuchen auf das unerlässliche Maß aus, lehnt aber eine Verschärfung der innerstaatlichen Tierschutzbestimmungen im Alleingang und im Blick auf die anstehende Änderung des EU-Rechts ab. Ist das nicht ein Widerspruch?

Der zweite Antrag befasste sich mit **Tierversuchen an Primaten**, die in Baden-Württemberg stattfinden. Das Ministerium teilte mit, dass Versuche an Makaken und Weißbüscheläffchen an der Universität Tübingen durchgeführt werden. Außerdem wird am *Max-Planck-Institut für Biologische Kybernetik* in Tübingen und an einem weiteren Standort in einer privaten Einrichtung an Affen geforscht. Über diese Information hinaus brachte die Antwort der Landesregierung kaum neue Erkenntnisse.

Aus dem aktuellem Anlass der besorgniserregenden Entwicklung der **EU-Tierversuchsrichtlinie** zu Ungunsten des Tierschutzes stellten die *Grünen* am 09.06.2010 einen **Änderungsantrag** zum vorherigen Antrag **„Tierversuche in Baden-Württem-**

berg“. (Über die Verschlechterungen in der Richtlinie haben wir in der letzten Ausgabe berichtet.) Die *Grünen* forderten die Landesregierung unter anderem dazu auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, die tierschutzrelevanten Abschwächungen im Kompromissvorschlag von EU-Parlament, EU-Kommission und Ministerrat zurückzunehmen. So genannte Alternativmethoden müssten bei Vorhandensein einer praktikablen tierversuchsfreien Methode und nicht erst nach Anerkennung durch Gemeinschaftsvorschriften der EU-Behörden eingesetzt werden, was bekanntlich Jahrzehnte dauern kann. Außerdem müsse es nach wie vor möglich sein, über die Richtlinie hinausgehende, strengere nationale Tierschutzstandards zu beschließen.

Alle drei Anträge der Grünen wurden in der **Landtagsdebatte** vom 10.06.2010 unter Punkt 7 behandelt. Renate Rastätter MdL vermerkte die finanzielle Förderung von so genannten Alternativmethoden als positiv. Sie bemängelte jedoch die Zunahme der Tierversuche sowie die Genehmigung der Affenversuche, die in anderen Ländern restriktiver gehandhabt würden. Besonders heftig kritisierte sie die Haltung der Regierungsfractionen, die maßgeblich an den dramatischen Verschlechterungen bei der Überarbeitung der EU-Tierversuchsrichtlinie beteiligt waren.

Die Regierungsparteien verteidigten natürlich ihre Haltung. Der *CDU-Abgeordnete* Karl Rombach hält Tierversuche in der Entwicklung, insbesondere was die Arznei- und Medikamentenproduktion sowie andere Bereiche anbelangt, für unverzichtbar. Die bestehenden Tierschutzgesetze würden ausreichen, meinten auch die Abgeordneten von *SPD* und *FDP*. Folglich wurde der Änderungsantrag der *Grünen* zur EU-Tierversuchsrichtlinie abgelehnt!

Das Protokoll zur Landtagsdebatte finden Sie unter:

http://www.landtag-bw.de/wp14/plp/14_0096_10062010.pdf
auf den Seiten 6808 bis 6814. Wir können Ihnen die Seiten aber auch gern zusenden.

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

Hirnversuche an Affen und Tauben in Bochum

Die Ruhr-Universität Bochum betreibt unsinnige und besonders grausame Hirnforschung an Affen und Tauben.

Die Affen werden, wie auch in Tübingen und Bremen, in einem Primatenstuhl bewegungsunfähig gemacht und unter Durstqualen gezwungen, Aufgaben am Bildschirm in der vom Forscher gewünschten Art und Weise zu lösen.

Als wegen der Pensionierung des Experimentators Dr. Klaus-Peter Hoffmann im Sommer 2009 zumindest die Affenversuche auslaufen sollten, ging ein Aufatmen durch die Reihen der Tierschützer. Jetzt wurden die Versuche doch verlängert und die Affen werden bis mindestens 2011 weiter gequält. Zahlreiche weitere Tiere müssen an der Universität für Hirnversuche und andere sinnlose Experimente im Rahmen der Grundlagenforschung herhalten.

Tauben werden wie die Affen durch Wasserentzug „trainiert“, auch sie werden an einem zuvor auf dem Kopf implantierten Gestell unbeweglich angeschraubt. Auf einem Bild-

schirm werden abwechselnd vier verschiedene Symbole gezeigt. Bei Herz oder Blitz muss die Taube innerhalb von zwei Sekunden den unteren Teil des Schnabels bewegen, bei Dreieck oder Kreuz muss sie ihn ruhig halten. Nur wenn sie die Aufgabe richtig löst, erhält sie etwas Wasser. Während die Taube die Aufgaben erfüllt, werden mit einem Antriebsgerät Elektroden durch ein Bohrloch im Schädel in bestimmte Hirnbereiche getrieben, um Nervenströme zu messen. Schließlich werden die Tiere getötet.

(Quelle: www.datenbank-tierversuche.de)

Laut Statistik der Universität wurden 2009 insgesamt 12.962 Tiere in Experimenten eingesetzt:

Mäuse	7.299
Ratten	5.157
Gerbils	29
Katzen	19
Makaken	1
Tauben	259
Krallenfrösche	81
Fische	117

Die Zahlen beziehen sich nur auf die im Jahr 2009 hinzu gekommenen Tiere. Die drei Affen, die schon zuvor in Experimenten eingesetzt wurden, sind darin nicht erfasst.

Studierende der Bochumer Universität haben Informations- und

Protestveranstaltungen ins Leben gerufen und sammeln Unterschriften.

Aktion: Bitte schreiben Sie einen Protestbrief an den Rektor der Universität Bochum.

Musterbrief:

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Weiler,

mit Entsetzen habe ich von den Versuchen an Affen, Tauben, Katzen, Mäusen und anderen Tieren erfahren, die an Ihrer Universität im Rahmen der Hirn- und Grundlagenforschung stattfinden.

Diese Experimente sind nicht nur überaus grausam, sondern haben auch keinerlei Relevanz für die klinische Forschung.

Ich fordere Sie auf, diese Tierversuche umgehend zu stoppen und statt dessen ethisch vertretbare Forschung ohne Tiere zu betreiben. Dies wäre dann nicht nur in Einklang mit einer modernen Wissenschaft, sondern entspricht auch dem Wunsch des Großteils der Bevölkerung, der Tierversuche ablehnt.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterschriftenliste können Sie im Internet herunterladen http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/pdf/bochum_u-liste.pdf

Sie können die Listen auch in unserer Geschäftsstelle anfordern.

Genehmigungsbehörde untersagte geplante Militär-Tierversuche der US-Armee

Laut Pressestelle des Hauptquartiers der US-Armee in Heidelberg war geplant, für die Ausbildung von medizinischem Personal Schweine und Ziegen zu Übungszwecken zu verletzen und anschließend zu töten.



Foto: Archiv

Narkotisierten Tieren sollten mit dem Skalpell Stich- und Schnittwunden zugefügt werden, um sie dann von Sanitätern versorgen zu lassen. Über die Anzahl der Tiere und den Zeitraum machte die US-Armee nur vage Angaben. Für eine Gruppe von 30 Sanitätern würden etwa 10 Tiere verwendet und die Übungen so oft wie notwendig durchgeführt.

Sofort nach Bekanntwerden hatten zahlreiche Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen bei der US-Armee vehement gegen die geplanten Militär-Tierversuche protestiert und die Genehmigungsbehörde aufgefordert, die Versuche nicht zu gestatten. Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* gab am 19.05.2010 eine Pressemitteilung heraus, in der sie von „perfiden und sinnlosen Tieropfern“ sprach. Die einzige sinnvolle Schulung für medizinisches Militärpersonal sei vor Ort in den Kriegs- oder Krisengebieten, wo es zahlreiche Menschen gibt, die medizinische Versorgung benötigen. Kurz danach wurde der Antrag der US-Streitkräfte auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz von der beauftragten Firma zunächst zurückgezogen; dann hieß es, die US-Armee wolle doch an ihren Plänen festhalten.

Nachdem etwas Gras über die Sache gewachsen war, stellte die US-Armee am 12.07. bei der Regierung Oberpfalz erneut einen Antrag auf Durchführung der Militärversuche. Mit Bescheid vom 26.07. verweigerte die Genehmigungsbehörde jedoch die Durchführung der Versuche. Als Begründung für die Ablehnung gab sie an, dass diese Tierversuche nicht mit dem deutschen Tierschutzgesetz vereinbar seien. Darüber hinaus wären nach Ansicht der Regierung der Oberpfalz keine herausragenden Erkenntnisse zu erwarten. Die US-Armee kann gegen diese Entscheidung vor Gericht ziehen oder einen abgewandelten Antrag stellen.

Für uns Tierschützer ist die Ablehnung der grausamen Tierversuche ein voller Erfolg! Die Regierung der Oberpfalz ist mit gutem Beispiel voran gegangen und hat das geltende Tierschutzrecht in vorbildlicher Weise angewandt. Es ist zu wünschen, dass auch andere Genehmigungsbehörden

endlich das Staatsziel Tierschutz wahrnehmen und in der Praxis entsprechend handeln.

Aktion: Bitte schreiben Sie der Genehmigungsbehörde einen Dankesbrief für diese vorbildliche Entscheidung.

Musterbrief:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Freude habe ich davon erfahren, dass Ihre Behörde die von der US-Armee auf dem Truppenübungsplatz in Grafenwöhr geplanten Militärversuche an Ziegen und Schweinen nicht gestattet hat. Für diese Entscheidung danke ich Ihnen sehr. Sie haben damit großes Tierleid verhindert und darüber hinaus geltendes Tierschutzrecht vorbildlich berücksichtigt.

Ich bitte Sie, diesen Maßstab auch bei künftigen Entscheidungen zugrunde zu legen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerichtsverhandlung: Bremer Affenqual geht weiter

Über die seit rund fünfzehn Jahren von Prof. Kreiter ergebnislos praktizierte Forschung am Affenhirn an der *Bremer Universität* haben wir in *TIERSCHUTZ AKTUELL* mehrfach berichtet. Nach langen Verzögerungen hat das Bremer Verwaltungsgericht am 28. Mai 2010 den Ablehnungsbescheid der Genehmigungsbehörde aufgehoben, der dem Forscher eine Fortführung seiner Tierversuche untersagt und gegen den Kreiter geklagt hatte.

Die Gerichtsverhandlung ist ein Armutszeugnis für die deutsche Justiz, da die Fakten für die ethische Unvertretbarkeit und den fehlenden medizinischen Nutzen der Versuche klar auf dem Tisch liegen. Dennoch zeigte sich das Gericht eher den Interessen der Universität zugeneigt und räumte der Freiheit der Forschung offenbar einen höheren Rang ein als

dem seit 2002 gleichwertig im Grundgesetz verankerten Tierschutz.

Das Gericht hat hinsichtlich der Genehmigung der Versuche den Ball an die Behörde zurück gespielt. Diese muss nun unter Berücksichtigung der Vorgaben des Gerichts neue Gründe für den Ablehnungsbescheid beibringen. Die Behörde muss durch Gutachten die Belastung der Tiere sowie die Bedeutung des Forschungsvorhabens klären. Das Gericht gab der Genehmigungsbehörde zudem auf zu prüfen, ob durch geeignete Nebenbestimmungen, wie beispielsweise Auflagen, eine Genehmigungsfähigkeit geschaffen werden kann.

Dass das Gericht die Behörde beauftragt, eine Lücke für die qualvollen Versuche zu finden, ist besonders schockierend. Da die Versuche für die Tiere äußerst leidvoll sind, kann es solche Auflagen für eine Genehmigungsfähigkeit nicht geben, zumal die Forschung ergebnisfrei ist.

Es ist unerträglich, dass solch hoch belastende und medizinisch irrelevante Forschung am Affenhirn weitergehen darf. Wieder einmal scheinen die Interessen der Befürworter von Tierversuchen auf Kosten von Tier und Mensch zu siegen. Würde das Gericht das Tierschutzgesetz anwenden und das Staatsziel Tierschutz berücksichtigen, wäre die einzig logische Konsequenz ein sofortiges Verbot der Forschung an Affenhirnen. Die zuständige Behörde hatte Mut bewiesen und den Versuchen aus ethischen Gründen und mangels medizinischen Nutzens keine weitere Genehmigung erteilt. In ihrem Widerspruch hatte sie dies umfangreich begründet.

Ende der Tierqual: Ulmer Weltraumforscher in Ruhestand

Die Pensionierung des Tierexperimentators Prof. Dr. Eberhard Horn von der Abteilung Neurologie des *Universitätsklinikums Ulm* ist für zahlreiche Tiere ein Segen. Der seit 2007 pensionierte Professor hatte noch bis Ende Juni 2010 seine Weltraumforschungen betrieben, jetzt

endlich hat er seine Forscherkarriere beendet. Er und seine Kollegen hatten 20 Jahre lang an Tieren die Schwerelosigkeit erforscht. Nun wurde die Arbeitsgruppe aufgelöst. Für Skorpione, Fische, Salamander, Krallenfrösche und Grillen bedeutet dies das Ende einer unsäglichen Tortur: Die Tiere wurden in rotierenden Zentrifugen aufgezogen, um zu untersuchen, wie die Schwerkraft auf die Entwicklung des Gleichgewichtssystems wirkt, andere wurden sogar ins Weltall geschossen.

Der Forscher Horn weist eine ganze Reihe solch grausamer Versuche auf. Demgegenüber stehen ernüchternde und nutzlose Ergebnisse. Zentrale Erkenntnis aus über zwei Jahrzehnten Tierqual für die Weltraumforschung ist, dass die Entwicklung des Schwereinnorgans und des Schwanzes bei der Kaulquappe des Afrikanischen Krallenfroschs eine „kritische Periode“ besitzt.

Bei aller Erleichterung, dass durch das Ausscheiden eines Tierexperimentators weitere Tierversuche - zumindest in diesem Bereich - entfallen, ist es immer wieder bedrückend zu sehen, dass die klare Beweislage gegen den Nutzen der Tierversuche nicht ausreicht, um die Politik dazu zu bewegen, solche Forscherwillkür zu unterbinden.

Absurditäten aus deutschen Labors

Stroboskopisches Licht in der Disco oder bei Konzerten ruft einen besonderen Effekt hervor, kann aber auch als ziemlich unangenehm empfunden werden. Dies wurde am *Frankfurter Max-Planck-Institut für Hirnforschung* an zwei Katzenmüttern mit ihren Babys untersucht. Die Kätzchen wurden bis zu 14 Wochen unter stroboskopischem Licht aufgezogen. Dadurch können die Tiere keine normalen Bewegungsabläufe wahrnehmen, weil jede Bewegung durch das Flackerlicht „zerhackt“ wird. Ziel ist die Untersuchung der Entwicklung der für das Sehen zuständigen Hirnbereiche. Mitautor der Publikation ist Prof. Dr. Wolf Singer, ein in Tier-

schutzkreisen berücktigter Experimentator. Singer quält seit Jahren Katzen und andere Tiere, um den Geheimnissen des menschlichen Gehirns auf die Spur zu kommen.

Dokumenten-ID: 4022

Bei Katzen und Affen ist bekannt, welcher Hirnbereich für die Wahrnehmung beweglicher Bilder zuständig ist. An der *Ruhr-Universität Bochum* wird zur Abwechslung nach dem vergleichbaren Hirnbereich beim Frettchen gesucht. Dazu wird den Tieren ein Teil des Hirngewebes abgesaugt. Vor und nach der Operation müssen sie verschiedene Experimente durchlaufen. Unter anderem werden die Frettchen in enge Röhren gesteckt und in einer Trommel rotiert. Gleichzeitig wird die Reaktion der Augen mit Hilfe von Elektroden registriert.

Dokumenten-ID: 4034

Am *Leibniz Institut für Neurobiologie*, Magdeburg, fand eine Arbeitsgruppe heraus, dass sich die Nervenaktivitäten im für das Hören zuständigen Hirnbereich bei Eulen und Katzen unterscheiden. Für diese bahnbrechende Erkenntnis wird bei Schleiereulen ein Teil des Kleinhirns abgesaugt. Es werden Töne abgespielt und gleichzeitig mit Elektroden im Hörstamm des Tieres Nervenströme gemessen.

Dokumenten-ID: 4052

Dass Formaldehyd giftig ist, weiß man schon seit mindestens 100 Jahren. Über die zahllosen gesundheitsschädlichen Eigenschaften der Chemikalie gibt es schränkeweise Literatur. Um längst vorhandenes Wissen zu bestätigen, wurden Ratten an der *Universität Ulm* vier Wochen lang an jeweils fünf Tagen über sechs Stunden mit Formaldehyd begast.

Dokumenten-ID: 4039

Am *Universitätsklinikum Erlangen* wird eine Leberfibrose durch Abbinden des Gallenganges oder 12-wöchige Gabe einer giftigen Chemikalie hervorgerufen. Anschließend wird die Wirkung einer Testsubstanz untersucht. Der Wirkstoff wird über einen Zeitraum von acht Wochen täglich zweimal in die Bauchhöhle injiziert. Nicht nur, dass die Symptome künstlich hervorgerufen werden, auch

der Behandlungsversuch ist fern jeder Realität. Stress und Angst bei den Tieren, denen acht Wochen lang zweimal täglich eine Injektion in die Bauchhöhle verabreicht wird, verfälschen die Versuchsergebnisse. Die Befunde aus solchen Studien sind von vornherein wertlos.

Dokumenten-ID: 4028

Laut einer Publikation der *Universität Bonn* sind 30 % der bei Menschen transplantierten Lebern Fettlebern. Um die Transplantatqualität zu verbessern, werden Experimente an Ratten durchgeführt. Bei ihnen wird eine Fettleber künstlich hervorgerufen. Die Leberverfettung geht mit einer Vergrößerung der Leberzellen und einer Schädigung der Lebergänge einher. Die Ratten werden getötet, um die kranken Lebern zu untersuchen. Auch die Spenderorgane sind oft Fettlebern, werden aber offensichtlich noch als geeignet zur Transplantation angesehen.

Dokumenten-ID: 4041

An der *Uni Tübingen* werden Hirnströme bei Mäusen gemessen, die einen Gendefekt aufweisen, der beim Menschen für die Sprache und das Lernen zuständig ist. Die Autoren schließen ihren Artikel mit der Empfehlung, bei menschlichen Patienten mit diesem Gendefekt die Hirnströme zu messen. Warum denn nicht gleich am Menschen?

Dokumenten-ID: 4066

Was passiert im Hirngewebe bei genetisch veränderten Mäusen, die durch den Geruch von Fuchskot vor Schreck erstarren? Dieser für die Menschheit elementaren Frage gingen von unseren Steuergeldern bezahlte Forscher der *Universität Magdeburg* nach. Die Mäuse werden einzeln in eine Plastikbox gesetzt, in die der Geruch von Fuchskot eingeleitet wird. Der Geruch eines natürlichen Fressfeindes lässt die Tiere vor Schreck erstarren. Nach 20 Minuten werden die Mäuse durch Köpfen getötet. Ihr Gehirn wird in Scheiben geschnitten und auf Expression eines bestimmten Gens untersucht.

Dokumenten-ID: 4051

Quelle: datenbank-tierversuche.de, Dr. med. vet. Corina Gericke

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

Neues Zentrum für Alternativmethoden in Konstanz

An der *Universität Konstanz* wurde Anfang des Jahres das *Zentrum für Alternativmethoden zum Tierversuch (CAAT EU – Center for Alternatives to Animal Testing)* analog dem bereits bestehenden *CAAT* in den USA eingerichtet. Aus diesem Anlass fand am 30.3.2010 eine Veranstaltung mit Vorträgen von Experten auf dem Gebiet der so genannten Alternativmethoden nach dem Prinzip der 3R statt. Die 3R bedeuten: refine = Belastung der Tiere vermindern, reduce = so wenig Tiere wie möglich und replace = den Tierversuch durch eine tierfreie Methode ersetzen). Zwar begrüßen wir alle Ansätze, die das Tierleid verringern. Dies kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, denn unser Ziel ist die Abschaffung aller Tierversuche. Die Gefahr ist allerdings groß, dass durch das Prinzip der 3R Tierversuche grundsätzlich für erforderlich gehalten werden.

An der Veranstaltung nahm ich für die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* teil.

Aufgabe des neuen Zentrums soll die stärkere Vernetzung mit anderen entsprechenden Einrichtungen sein, wobei der an der *Universität Konstanz* bereits etablierte 3R-Lehrstuhl förderlich sein wird. Wie Lehrstuhlinhaber **Prof. Marcel Leist** erläuterte, soll der Weg von der alten Teststrategie wegführen, nach der jede Substanz im Tierversuch getestet wird. Statt dessen sollen neue Methoden eingesetzt werden, bei der wenigstens nur dann Tiere verwendet werden, falls eine Substanz schädlich erscheint.

Prof. Dr. Dr. Thomas Hartung vom *CAAT USA* erläuterte am Beispiel von *Aspirin*, dass es nach heutigem Stand unwahrscheinlich wäre, eine Marktzulassung zu erhalten, da es bei Katzen, Hunden, Ratten, Mäusen und Affen Embryoschäden ver-

ursacht. In den USA wurde bereits 2007 von der *National Academy of Science* eine Strategie entwickelt, nach der Giftigkeitsprüfungen künftig vorwiegend ohne Tierversuche erfolgen sollen. Diese Strategie sei nicht unter Tierschutzaspekten vorangetrieben worden, sondern allein aus Gründen der Effektivitätssteigerung: Die Testung mit Computern und Zellkulturen ist kosten- und zeitsparend. Hartung bemängelte, dass in der Wissenschaft veraltete Methoden angewandt würden, nur weil sie zur Verfügung stehen (also Tierversuche), anstatt solche, die sinnvoll wären. Ein Beispiel sei die Zweigenerationstudie, die nach *Contergan* eingeführt wurde: Schon 1966 war bekannt, dass der Test die Situation beim Menschen nur vage darstellen kann und Verbesserungen nötig sind. Bis heute wird dieser Test aber unverändert durchgeführt.

Das EU-Chemikaliientestprogramm *REACH* wird noch mehr Tierleid hervorrufen als ursprünglich erwartet, denn der Tierverbrauch wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich stark erhöhen. Was das Verbot der EU zur Testung von Kosmetika an Tieren angeht, sei es wissenschaftlich unmöglich, die Frist 2013 einzuhalten, da bis dahin nicht genügend anerkannte Alternativmethoden zur Verfügung stünden. Die EU-Kosmetikrichtlinie verbietet zwar seit 2009 EU-weit den Verkauf von an Tieren getesteten Kosmetikprodukten und deren Inhaltsstoffen. Für drei Tierversuche (Reproduktionstest, Toxikokinetik und Giftigkeit bei wiederholter Gabe) gilt jedoch das Verbot erst ab 2013, sofern Alternativen anerkannt sind.

Der Gründer von *CAAT USA*, **Prof. Alan Goldberg**, verwies auf die von Weil und Scala bereits vor über 40 Jahren bestätigte Erkenntnis der Unzuverlässigkeit des *Draize*-Tests am Kaninchenaugen. Trotz seiner Untauglichkeit wird dieser Test in EU- und *OECD*-Vor-

schriften immer noch gefordert. Erfreulich ist, dass beim amerikanischen *Cancer Institute* auf der Suche nach möglichen Krebsmedikamenten ein Wechsel von einer In-vivo- (am lebenden Tier) zu einer reinen In-vitro-Testung (im Glas = tierversuchsfrei) stattfand.

Prof. Michael Balls, Herausgeber der englischen Zeitschrift für Alternativmethoden, *ATLA*, benannte als Kernproblem der In-vivo-Forschung die Unterschiedlichkeit von Mensch und Tier. Man solle nicht von Alternativen sprechen, sondern von fortschrittlicher, besserer Wissenschaft.

Prof. Dr. Horst Spielmann, ehemaliger Leiter von *ZEBET*, der *Zentralstelle für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch*, berichtete von einer rückwirkenden Bewertung des Zweigenerationentests, die zeigte, dass dieser Test keinen zusätzlichen Nutzen bringe. Dabei werden Substanzen an Ratten oder anderen Tieren sowie deren Junge und Enkel verabreicht. Schon seit 2007 liegt eine Testvorschrift für eine erweiterte Eingenerationstudie vor, die wenigstens den Test an der zweiten Generation ersparen würde. Die EU-Chemikalienbehörde *ECHA* akzeptiert diese Reduzierung für Chemikalien jedoch nicht und fordert weiterhin den überflüssigen Zweigenerationentest.

Dr. Robert Landsiedel von *BASF* berichtete, dass bei der Firma eigens ein Labor für Alternativmethoden eingerichtet wurde. 35 Prozent der Giftigkeitstests werden bei *BASF* durch In-vitro-Methoden abgedeckt, 20 Alternativtests sind in Gebrauch. Ein Forschungsschwerpunkt ist das *Metabonomics-Projekt*. Hier sollen Substanzen mit ähnlicher biologischer Aktivität zusammengefasst werden (so genannte *QBAR – Quantitative biological activity relationship*), so dass nicht jede Substanz einzeln getestet werden muss. Ziel sei es, weniger und irgendwann einmal gar nicht mehr an Tieren zu testen.

Erfreulich war festzustellen, dass

einige Ansätze erkennbar sind, die zu einer Abschaffung der Tierversuche beitragen können. Die Beweggründe, beispielsweise in der Industrie, sind zwar eher ökonomischer Natur, was zählt ist jedoch das Ziel: Ein Ende der Tierqual, verbunden mit guter Wissenschaft.

Vollbluttest anstelle Kaninchentest anerkannt

Da bei der Injektion von Arzneimitteln die Verunreinigung mit Fieber auslösenden Bakterien, den so genannten Pyrogenen, eine Gefahr darstellt, ist die Prüfung auf Pyrogenfreiheit gesetzlich vorgeschrieben. Bislang erfolgte dieser Test an Kaninchen, denen die Arznei ins Blut verabreicht wird, um mögliche Fieberreaktionen zu erkennen. Abgesehen von der lange bekannten Unzuverlässigkeit dieser Testmethode, bedeutet diese für die Tiere eine immense Qual. Sie werden über Stunden in Apparaturen eingespannt und ihre Körpertemperatur über einen längeren Zeitraum gemessen. Die Kaninchen erleiden Stress und mögliche schädliche Wirkungen durch die Injektion der Substanz.

Bereits in den 1990er Jahren wurde von Wissenschaftlern an der *Uni-*

versität Konstanz der sogenannte Pyrogentest entwickelt, der mit menschlichem Blut arbeitet, um Fieber erregenden Substanzen auf die Spur zu kommen. (Wir berichteten darüber in Heft 2/2009 sowie in weiteren früheren Ausgaben.)

Bei dem Test wird eine möglicherweise Fieber auslösende Substanz den Blutproben freiwilliger Spender hinzugefügt. Anschließend wird mit Hilfe von Farbreaktionen vollautomatisch berechnet, ob und in welchem Maße die weißen Blutzellen Fieber auslösende Substanzen ausschütten. Mit dieser Methode erhält man sehr genaue und wiederholbare Ergebnisse, die vor allem direkt auf den Menschen bezogen sind.

Endlich wurde dieser Test europaweit anerkannt. Rund 200.000 Kaninchen jährlich kann nun unnötiges Leid erspart werden. Im Gegensatz zu solch einem langen Prozedere auf dem Weg zur behördlichen Anerkennung für tierversuchsfreie Methoden, wurden Tierversuche völlig ungeprüft in gesetzlichen Prüfvorschriften verankert. Die große Zeitspanne ist immer wieder unverständlich, denn unzählige Studien belegen, dass der Tierversuch eine überholte und gefährliche Wissenschaft ist, was nicht mehr wegzudiskutieren ist.

Tierfreie Erforschung der Huntington-Krankheit

Der *Dr. Hadwen Trust*, eine Stiftung zur Förderung von tierversuchsfreier Forschung, unterstützt derzeit ein Forschungsprojekt, das den Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten der Huntington-Krankheit auf den Grund gehen will. Diese ist ein unheilbarer Gendefekt, der das Nervensystem beeinträchtigt und sich beispielsweise in Koordinationsschwierigkeiten und einer verminderten geistigen Leistung äußert.

Um diese Krankheit zu erforschen, werden üblicherweise Affen, Nagetiere und Schweine für Versuche herangezogen. Dabei werden ihnen giftige Chemikalien verabreicht, um die Krankheitssymptome zu simulieren. Zunehmend werden auch transgene Affen oder Mäuse verwendet. Auf Grund der tierexperimentellen Forschung konnten jedoch noch keine brauchbaren Ergebnisse verbucht werden.

An der *Universität Sheffield* entwickelt nun ein Wissenschaftsteam eine tierversuchsfreie Methode, die sich Hautzellen von erkrankten Menschen zunutze macht. Im Labor lassen sich so die Zellmechanismen erforschen und mit den Symptomen der Erkrankung vergleichen. Mögliche Medikamente können somit ohne Tierleid und sehr effektiv direkt an den kranken Zellen getestet werden.

Tierversuchsfreies Testverfahren weltweit anerkannt: Menschliche Haut statt lebender Kaninchen

Im Juli dieses Jahres wurde auf internationaler Ebene ein menschliches Hautmodell offiziell anerkannt, mit dem Substanzen auf ihre Haut schädigende Wirkung untersucht werden. Das Hautmodell, das unter Namen wie *EpiDerm* oder *EpiSkin* seit Jahren im Handel ist, verwendet menschliche Haut, um zu prüfen, ob Chemikalien oder Kosmetika hautreizend sind.



Stundenlange Fixierung in Messapparaturen

Foto: One Voice

Im herkömmlichen Tierversuch wird den Tieren eine Substanz auf den geschorenen Rücken gerieben, um dann anhand der Schädigungen vage Rückschlüsse auf das Risiko für den Menschen zu ziehen.

Die neue Methode wurde schon 2009 auf EU-Ebene anerkannt und fand nun endlich Eingang in offizielle *OECD*-Prüfkataloge. Damit müsste sie eigentlich weltweit verbindlich angewandt werden und könnte zahlreichen Kaninchen eine qualvolle Verätzung der Haut ersparen. Allerdings ist es gängige Praxis, dass es dem Anwender überlassen bleibt, anstelle anerkannter tierfreundlicherer Methoden den herkömmlichen Tierversuch anzuwenden; oder es wird zur vorgelieblichen Absicherung zusätzlich die Testung am lebenden Kaninchen verlangt.

Die *OECD* (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*), der die 32 größten Industrienationen der Welt ange-

hören, legt in ihren Richtlinien fest, mit welchen Verfahren Chemikalien für die globale Vermarktung getestet werden müssen. Im Regelfall dauert die behördliche Anerkennung einer tierversuchsfreien Methode zehn bis fünfzehn Jahre.

Die Aufnahme der neuen, tierversuchsfreien Methode in die *OECD*-Vorschriften wurde durch die Expertise von *ICAPO* erreicht. Das ist ein Zusammenschluss von Vereinigungen von Tierversuchsgegnern aus Nordamerika, Europa und Japan, der einen Sitz bei der *OECD* hat.



Künstliche Haut in Nährlösung

Foto: Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Misstände auf Europas größtem Pferdemarkt in Polen - die Tiere werden noch immer misshandelt

Jochen Buchholz, Mitglied der Redaktion

Europas größter Pferdemarkt befindet sich im polnischen **Skaryszew**, einer Drehscheibe für Tierchicksale. Für die Polen ist dieser traditionelle Pferdemarkt nichts anderes als ein Volksfest. Dahinter steckt eine Mischung aus vielfältigen Interessen, vor allem natürlich Profitgier. Denn der Verkauf der Tiere, die aus Polen, Tschechien, Ungarn, Holland, Rumänien, der Slowakei, aber auch aus Deutschland stammen, ist mit erheblichen Gewinnerwartungen verknüpft. Das erzeugt eine erregte Stimmung, die sich niemand verderben lassen will. Für die Empfindungen der Tiere haben die Menschen keinen Sinn! Ungefähr 1.500 Pferde werden in Skaryszew einmal im Jahr, üblicherweise im Februar, gehandelt.

Die meisten der Tiere sind für den Schlachthof bestimmt. Nur wenige

haben das Glück, dass sich barmherzige Käufer finden, die ihnen diesen entsetzlichen Leidensweg ersparen und ihnen einen Platz auf einem Gnadenhof bieten. Für alle anderen Tiere, die hier landen, ist es ihr letztes Kapitel - die lange Reise in den Tod.

Der österreichischen Tierschutzorganisation *Die Tier-WeGe* in Gleisdorf, nahe der A2 Südbahn, die sich besonders gegen Tiertransporte einsetzt, waren die schlimmen Zustände auf dem Pferdemarkt von Skaryszew bereits bekannt. Für eine neue Recherche machten sich die Tierschützer am 22.02.2010 auf den Weg. Ziel dieser Reise war es zu dokumentieren, dass nicht nur der Langstreckentransport eine unvorstellbare Tierquälerei ist, sondern das Tierelend schon viel früher beginnt.

Die Beobachter stellten fest, dass sich schon am Vortag des angesetz-

ten Markttermins unzählige Tiertransporter aus verschiedenen Ländern auf dem Gelände einfanden. Bei ihrer Ankunft lagen die Temperaturen bereits weit unter dem Gefrierpunkt. Die von weit her transportierten Pferde mussten dann die ganze Nacht, dicht gedrängt und ohne Wasser, auf ihren Transportern in der eisigen Kälte ausharren!

Um vier Uhr wurden sie, nur im Licht von Taschenlampen, aus den Transportern geholt. Unsichere oder verängstigte Pferde wurden mit Peitschen, Holz- und Eisenstangen über absolut gesetzwidrige Rampen gezwungen. Nicht alle Fahrzeuge waren aber überhaupt mit Rampen ausgestattet. Anschließend wurden die Pferde rund um die Transporter angebunden und zur Schau gestellt.

Bei Tageslicht wurden die ihnen bis dahin angetanen Qualen deutlich sichtbar: Striemen an Köpfen

und Körpern, offene blutige Wunden an gebrochenen Beinen. Manche Tiere waren sogar an den Beinen zusammengebunden, weiße Stricke, die sich fest im Fell einschnitten und sich so im Laufe des Tages blutrot färbten.



Über 1.500 Pferde wurden geschlagen, getreten und durch Menschenmassen von Schaulustigen getrieben! „Niemand ging mit dem 'wertlosen Schlachtvieh' zimperlich um. Es war furchtbar, so viel Tierquälerei mit ansehen zu müssen,“ so die Beobachter der *Tier-WeGe*.



Der dicke Stock, mit dem das verschüchterte Pferd durch die Menschenmenge getrieben wurde, ist durch die Schläge abgebrochen

Auch das Anbinden rund um die Transporter war vollkommen rücksichtslos: Die Tiere waren viel zu kurz angebunden bzw. standen so eng nebeneinander, dass sich die gestressten Tiere gegenseitig bissen. Zum Teil steckten die Pferde ca. 20 bis 30 cm tief im Schneeschlamm; ein Pferd war neben Lautsprechern angebunden, aus denen ohrenbetäubender Lärm schallte. Eine Gruppe von Pferden und Fohlen stand direkt neben einem qualmenden Lagerfeuer und war somit den ganzen Tag über dem Rauch ausgesetzt. Für keines der über 1.500 Pferde gab es Wasser - ein überaus grober Verstoß gegen den Tierschutz, zumal diese Tiere aufgrund der Situation äußerst gestresst waren.

Die vielen Verletzungen der Tiere blieben alle unversorgt. Ein Fohlen hatte sich so schwer am Bein verletzt, dass aus einer weit klaffenden Wunde ununterbrochen Blut rann. Ein Mann „versorgte“ die Wunde mit einem silbernen Autolackspray. Er versprühte dabei die ganze Dose in und um die tiefe Wunde, um sie zu kaschieren, damit durch die Verletzung kein Preisverlust entstand. Die Qualen des Fohlens müssen unvorstellbar gewesen sein.



Mit dem unbeschreiblich brutalen Aufladen, dem Prügeln der Tiere auf die Transporter, traten sie nun den Weg über tausende Kilometer an - ohne Tränkesystem!



Die Aufladeprozedur dieses Pferdes, das sich mit aller Kraft wehrte, dauerte eine halbe Stunde .

Auch auf den Transportern gab es unzählige Verstöße gegen das Tierschutzgesetz: Die Tiere wurden mit allen möglichen Transportmitteln zum Markt gebracht und wieder abgeholt: in Kombis, Transportbussen, kleinsten Autoanhängern mit Planen überdacht, vor allem aber mit großen Transportern für die Langstrecken. Die Haltung vieler Tiere war scho-

ckierend: Keinerlei Einstreu, Gerümpel am Boden und das gesetzlich vorgeschriebene Platzangebot für die Tiere wurde bei weitem nicht eingehalten.

Die Tierschützer schrieben natürlich all die beobachteten Missstände auf, um sie zur Anzeige zu bringen. Doch auf dem gesamten Markt mit den unzähligen Besuchern und den über 1.500 Pferden war keine verantwortliche Behörde bzw. kein Tierarzt zu finden. Erst als der Markt zu Ende ging, trafen sie einen einzigen Polizisten. Auf ihre Frage nach dem nächsten Tierarzt antwortete er, dass dieser in ca. 30 km Entfernung seine Praxis hätte.

Diese schrecklichen Zustände herrschen nicht nur in Skaryszew, sondern in auch vielen weiteren polnischen Viehmärkten, wo Schweine, Rinder, Schafe, Pferde und weitere Tiere gehandelt werden.



Die weit aufgerissenen Augen spiegeln die Angst wider

Fotos: *Die Tier-WeGe*

Es ist unglaublich, aber Polen hat als Mitgliedsstaat der EU sogar ein vorbildliches Tierschutzgesetz, das hohe Strafen bei Tierquälerei vorsieht. Es hapert aber, wie in vielen Staaten (auch bei uns!) oftmals an der Durchsetzung der Gesetze. Den zuständigen Politikern geht es in erster Linie um Wirtschaftsinteressen und nicht um Tierleid. Die Veterinärämter sind deshalb unterbesetzt, Kontrollen finden kaum statt, die meist schlecht bezahlten Veterinäre sind oftmals desinteressiert oder frustriert.

Es gibt aber auch Erfolge durch die Arbeit von Tierschützern!

Auf dem Pferdemarkt in **Bodzentyn**, einem kleinen Dorf in Ostpolen, herrschte ebenfalls eine Situation der

Hoffnungslosigkeit. Augenzeugen berichteten von denselben beklemmenden Zuständen wie heute noch in Skaryszew. Besonders berüchtigt waren die roten monströsen „Kolosse“ für den Transport von „Schlacht“-pferden nach Italien.

Eine Dokumentation der Tierschutzorganisation *Animal's Angels*, welche seit vielen Jahren Tiertransporte begleitet und Tiermärkte beobachtet, belegt die Wende. „Seit 2004 haben wir eine feste Station in Bodzentyn. Bauern stehen Schlange, um ihre Pferde und Kühe von Hufschmied Bogdan und seiner Helferin Karina behandeln zu lassen. Anna und ihre Tochter Nadia sprechen mit den Bauern und helfen ihnen, die Gebisse ihrer Pferde zu behandeln. Die Zusammenarbeit mit dem Veterinär und der Gemeinde hat sich sehr verbessert und es werden keine verletzten Tiere mehr auf die Transporter verladen.“

Erfolgsmeldungen sind dringend notwendig, schließlich steigt der Fleischkonsum weltweit immer weiter. Aus diesem Grund reihen sich nach wie vor erbarmungswürdige Bilder aneinander, die das Leid der, wie es in der Bibel heißt, „seufzenden Kreatur“ zeigen. Die meisten dieser Bilder sind unerträglich und man muss sich darüber wundern, dass nicht schon längst ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Der Riss verläuft quer durch die Welt, hier Menschen im tätigen Mitgefühl und drüben diejenigen, die blind sind für die Leiden ihrer Mitwesen, der Tiere, und für das, was sie ihnen antun.

Wie das Beispiel zeigt, kann sich

etwas ändern! Aber dazu braucht es nicht nur engagierte Tierschützer, welche immer wieder Missstände aufdecken, protestieren und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Es ist Aufgabe der Politiker, entsprechende Gesetze zu erlassen und für deren Durchführung durch ausreichendes Personal in den Veterinärbehörden zu sorgen. Nicht zuletzt liegt es jedoch am Verbraucher, der durch sein Kaufverhalten – möglichst billig! - und seinen Verzehr von Fleischprodukten, immenses Tierleiden verursacht. Glücklicherweise leben immer mehr Menschen vegetarisch.

Ganz wichtig ist jedoch, dass die entsetzlichen Langstreckentiertransporte verboten werden.

Aktion: Bitte schreiben Sie an die EU-Kommissare:
John Dalli (Verbraucherschutz)
Janez Potočnik (Umwelt) und
Dacian Cioloș (Landwirtschaft)

Musterbrief:

EU-Tiertransporte

*Sehr geehrter Herr Kommissar Dalli,
(bzw. Herr Kommissar Cioloș
bzw. Herr Kommissar Potočnik)*

noch immer gibt es in der EU qualvolle Tiertransporte über lange Strecken. Die Tiere bleiben oft 24 Stunden oder sogar tagelang unverorgt und haben nicht einmal Wasser. Darüber hinaus sind sie oft verletzt und werden sehr schlecht behandelt.

Wirksame Kontrollen, mit denen die Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen und der Gesundheitszustand der Tiere überprüft werden, fehlen weitgehend.

Ich fordere deshalb einen Stopp der Langzeittiertransporte. Statt dessen soll nur noch gekühltes oder gefrorenes Fleisch im- und exportiert werden, was in unserer Zeit kein Problem ist.

Mit freundlichen Grüßen

Wenn Sie über einen Internetanschluss verfügen, können Sie auch auf der Seite der englischen Tierschutzorganisation *CIWF Compassion in World Farming* einen online Protest unterschreiben:

http://action.ciwf.org.uk/ea-campaign/clientcampaign.do?ea_client.id=119&ea_campaign.id=6046

Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still, erschöpft, und eins, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, und auch nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll.
Rosa Luxemburg

In eigener Sache

Liebe Mitglieder,

wahrscheinlich haben Sie schon lange auf unser zweites Heft in diesem Jahr gewartet. Wir bitten Sie für die Verspätung um Entschuldigung und bringen jetzt eine Doppelausgabe heraus. Der Grund ist, dass mein Computer einen Virus eingefangen hatte. Die Überprüfung des Systems, die erforderliche Neuanschaffung eines PCs und nicht zuletzt meine Einarbeitung in ein neues Programm nahm viel Zeit in Anspruch. Diese war nicht zuletzt deshalb schwierig, da ich zur Kostenersparnis mit einem einfachen PC-Programm nicht nur das Textmanuskript sondern zudem die druckreife Heftgestaltung ehrenamtlich, d.h. ohne Bezahlung, selbst erstelle. Dadurch kam mein Terminplan vollkommen durcheinander, wodurch weitere Verzögerungen entstanden. Ich bitte Sie um Ihr Verständnis. Unsere Tierschutzarbeit ging jedoch unverändert weiter.

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende und Chefredakteurin

Belastung von Tieren – Was ist ethisch vertretbar?

Tagung in Bad Boll vom 5. bis 7. März 2010

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

Die unterschiedlichen Maßstäbe im Umgang mit Tieren waren Thema des Auftaktvortrags in der *Evang. Akademie Bad Boll*, an der drei Vorstandsmitglieder unseres Vereins, darunter ich, teilnahmen.

Prof. Dr. Peter Kunzmann, Ethiker aus Jena, versuchte den Unterschied des Umgangs zwischen so genannten Heim- und Nutztieren zu erklären. Seiner Ansicht nach kann man sich mit Hilfe bestimmter Kriterien an diesen Widerspruch herantasten. Als Beispiel erörterte er, welche Rolle es spielt, ob ein Kaninchen als „Versuchstier“ oder als „Heimtier“ betrachtet wird. Diese Einstufung sei ein deutliches Beispiel für die Zwiespältigkeit des Mensch-Tierverhältnisses. Ebenso gäbe es Unterschiede, ob ein Mensch beispielsweise eine Beziehung zum Wildtier über die Jagd hat, über Tierversuche im Labor oder bei der Dressur von Tieren im Zirkus. Die verschiedenen Bewertungsmuster für das Tier-Mensch-Verhältnis sei zudem kulturbedingt. So werde der Hund in manchen Kulturen verachtet, weil er als treu gelte, was als charakterlos interpretiert wird.

Kunzmann kritisierte zudem die Kategorisierung in höhere und niedere Tiere und die damit einhergehende Sonderstellung von Primaten. Seiner Ansicht nach müsse Tierschutz vom Tier aus betrachtet werden. Nicht die Ungleichbehandlung sei das Problem, sondern die Tiere müssten entsprechend ihrer Natur behandelt werden. Dieses Prinzip werde jedoch durch die Instrumentalisierung des Tieres verletzt, beispielsweise wenn Zoo-tiere nur noch als Gencontainer dienen und Tiere mit unerwünschten Genen getötet werden.

Der Schweizer Jurist **Dr. Gieri Bolliger** von der *Stiftung für das Tier im Recht* erörterte am Beispiel der Enthornung von Rindern die Prüfung der ethischen Vertretbarkeit

gemäß § 1 des deutschen Tierschutzgesetzes. Zunächst müsse ein vernünftiger Grund für einen Eingriff vorliegen und der Eingriff verhältnismäßig sein. Bolliger verwies darauf, dass im Tierschutzgesetz für manche - aber nicht für alle - Bereiche Regelungen zur ethischen Vertretbarkeit enthalten seien. Diese würden vorgeben, dass der Nutzen eines Eingriffs an Tieren höher sein müsse als die Belastung. Um überhaupt eine Güterabwägung vornehmen zu können, müssten die als legitim erachteten Zwecke erstens geeignet, zweitens erforderlich bzw. unerlässlich und drittens verhältnismäßig sein. Am Beispiel der Enthornung von Rindern prüfte Bolliger diesen Sachverhalt für die Schweiz. Als Hauptargument für den Eingriff werde die Verletzungsgefahr von Mensch und Tier vorgebracht. Weiter ermögliche die Enthornung den Laufstall als alternative Haltung zur Anbindehaltung. Auch wirtschaftliche Interessen, dass mehr Tiere auf engem Raum gehalten werden können, seien ausschlaggebend. Bei der Frage der Verhältnismäßigkeit ergebe sich, dass durch das Enthornen die Verletzungsgefahr zwar verringert werde und dadurch ebenfalls mehr Tiere auf engem Raum gehalten werden könnten. Bei der Erforderlichkeitsprüfung ergebe sich jedoch, dass stallbauliche Maßnahmen ebenso gut die Verletzungsgefahr mindern könnten. Dieses Ergebnis spreche gegen die Enthornung und entkräfte somit das Hauptargument der Minimierung der Verletzungsgefahr. Trotzdem werde die Enthornung praktiziert.

Prof. Dr. Thomas Richter, Verhaltensforscher an der *Hochschule für Wirtschaft und Umwelt* in Nürtingen referierte darüber, ob die Tiergerechtigkeit von Haltungssystemen anhand von Verhaltensanzeichen beurteilt werden könne. Ihm zufolge müsse zunächst die Frage geklärt werden, ob Tiere Befindlichkeiten haben. Zur Klärung wurden bereits 1954 Hirn-

reizungsversuche an Ratten durchgeführt. Das Ergebnis zeigte, dass sich die Tiere sehr oft dem Reiz aussetzten. Daraus wurde gefolgert, dass die Ratte ein erwünschtes Erleben zeigt. Im Beurteilungsverfahren erwiesen sich nach Aussage des Referenten viele Konzepte als nicht zuverlässig zur Bewertung der Befindlichkeiten von Tieren. Physiologische Parameter, wie etwa die Erhöhung der Herzschlagfrequenz oder Verhaltensweisen wie Stereotypen, deren Ursachen genetisch, ethologisch oder physiologisch begründet sein können, seien beispielsweise keine zuverlässigen Kriterien. Dagegen könnten Wahlversuche Aufschluss geben: Beispielsweise bevorzugt ein Rind Stroh gegenüber Betonboden, wenn es sich frei entscheiden kann. Dieses so genannte Bedarfsdeckungskonzept biete nach Aussage des Referenten eine zwar aufwändige, aber exakte Beurteilungsmöglichkeit für die Tiergerechtigkeit.

Dr. Andreas Weber, Biologe und Philosoph, referierte zum Thema *Biokapital: Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit*. Anhand von Wachstumskurven des CO₂-Ausstoßes oder der Entwicklung des Kfz-Verkehrs zeigte er auf, dass die Krise des Planeten vorhersehbar war. Den Begriff der ökologischen Ökonomie – des umweltverträglichen Wirtschaftens - kritisierte Weber, da eine Zusammenführung der Haushalte Ökonomie und Ökologie notwendig wäre.

In einer Studie würden die Ökodiebstleistungen, die die Natur uns bietet, auf 33 - 64 Billionen Dollar Wert geschätzt. Dies basiere auf der Überlegung, was es uns beispielsweise kosten würde, wenn nicht Bienen die Pflanzen bestäuben würden oder wir den Sauerstoff, den wir atmen, als Dienstleistung von Menschen bezahlen müssten. In einer weiteren Studie werde der Verlust des Artenschwundes auf eine Größenordnung von 250 Milliarden Dollar

geschätzt. Rechne man alle Kosten ein, würde ein aus wirtschaftlichen Gründen zerstörtes Ökosystem immer mehr Kosten verursachen als daraus Gewinn gezogen werden könnte.

Dr. Brigitte Rusche von der *Akademie für Tierschutz* erläuterte die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen und den Umgang mit Interessenskonflikten am Beispiel der Tierversuche. Tiere seien seit 1990 gemäß §90 BGB nicht mehr als Sachen zu behandeln. Damit erkenne der Gesetzgeber den Wert des Tieres an, womit eine Abkehr vom anthropozentrischen Tierschutz vollzogen sei. Die Generalklausel des vernünftigen Grundes für das Zufügen von Schmerz und Leid sei jedoch offen und müsse grundsätzlich definiert werden. So gebe es zwar einige Verbote für die Durchführung von Tierversuchen, beispielsweise für die Entwicklung von Waffen; für andere Zwecke jedoch seien Tierversuche erlaubt. Es stelle sich die Frage, ob die Verbotsliste vollständig sei. So müsse man beispielsweise fragen, ob es gerechtfertigt sei, Versuche an Wirbeltieren zuzulassen oder ob belastende Tierversuche durchgeführt werden dürfen. Es müssen bezweifelt werden, dass die Instrumente zur ethischen Prüfung von Tierversuchsvorhaben überhaupt greifen.

Grundsätzlich ließen verschiedene Regelungen im Tierschutzgesetz nach wie vor zu, dass Tieren aus diversen Gründen Leid zugefügt werde.

Rusche führte weiter aus, dass beispielsweise die Haltung von Hühnern oder Schweinen durch Verordnungen konkretisiert sei, solche aber für Kaninchen, Rinder, Puten, Ziegen oder Schafe bislang gänzlich fehlten. Dabei stünden nur wenigen konkreten Verboten unkonkrete allgemeine Gebote gegenüber. Daraus leite sich die Frage ab, welche Ge- und Verbotregeln noch dem gesellschaftlichen Konsens entsprechen.

Im Bereich der Tierversuche stehe der Behörde eine Kommission zur Verfügung, die stellvertretend den gesellschaftlichen Diskurs führen solle. Der im Tierschutzgesetz genannte Tierschutz-TÜV eigne sich zur Erkennung tiergerechter Haltungssysteme, denkbar wäre auch ein Tierzucht-TÜV. Als weitere mögliche Instrumente seien ein Tierschutzanwalt, eine Tier-Ombudsschaft nach dem Beispiel Österreichs oder eine Landestierschutzbeauftragte, wie sie in Hessen existiere, sowie die Verbandsklage denkbar.

Abschließend befassten sich vier Arbeitsgruppen mit der Belastung von Tieren in unterschiedlichen Bereichen. Sie gingen jeweils der Frage nach, was ethisch vertretbar ist und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um einen ethischen Umgang mit Tieren zu gewährleisten. Bearbeitet wurden die Themen „Heim-“ und „Nutz“tiere, „Wild“tiere in der Obhut des Menschen sowie „Versuchs“tiere. Mit Sachverständigen und Tagungsteilnehmern wurden jeweils Probleme und Lösungsansätze formuliert. Die Ergebnisse aus den

Arbeitsgruppen, die auf die Verbesserung der Situation der Tiere abzielen, wurden anschließend im Plenum vorgestellt, diskutiert und gemeinsame Inhalte abgestimmt, was als *Bad Boller Appell* in die Politik eingebracht werden soll.

Darüber hinaus wurde von **Dr. Christoph Maisack** eine Resolution bezüglich der Abstimmungen über die EU-Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere eingebracht. Mit diesem Beschluss wird die Bundesregierung aufgefordert, die tierschutzrechtlichen Verschlechterungen rückgängig zu machen. Der Resolution wurde mit sehr großer Mehrheit im Plenum zugestimmt.

Die Tagung brachte vielfach fruchtbare Diskussionen, in einigen Fällen gingen die Meinungen jedoch sehr stark auseinander. Die Fragestellung der Tagung war, welche Belastung von Tieren ethisch vertretbar ist - diese Frage beinhaltet bereits, dass Belastungen für Tiere zulässig sind, so wie es im Tierschutzgesetz definiert ist. Entsprechend spalteten sich die Meinungen der Teilnehmer auf. Einerseits ging es um die Möglichkeiten, das Leiden von Tieren zu minimieren, während andererseits ihre Nutzung und das Zufügen von Leid grundlegend abgelehnt wurden. Vielfach kam der Wunsch unter den Teilnehmern auf, das Tier und seine Würde selbst in den Mittelpunkt zu rücken. Dies wird sich voraussichtlich die Tagung im nächsten Jahr zur Aufgabe machen.

Postkartenkampagne gegen Wildtierhaltung im Zirkus

Bereits im Jahr 2003 hat sich der Bundesrat für ein grundsätzliches Verbot der Haltung von Wildtieren in Zirkussen ausgesprochen. Bis heute wurde dieser Beschluss von der Bundesregierung jedoch nicht umgesetzt. Nun hat Bundesministerin Aigner angekündigt, die Haltungsvorgaben für Zirkustiere überarbeiten zu wollen. Von einem Verbot ist keine Rede! Dabei gehören Affen, Bären, Elefan-

ten und weitere Wildtiere in ihren natürlichen Lebensraum und nicht in Zirkussen eingesperrt, zur Schau gestellt und dressiert. Diese Forderung erheben auch Tierärzte und Tierverhaltensforscher. Eine Verbesserung der Haltungsvorschriften reicht nicht aus, um das Leid der Wildtiere im Zirkus zu beenden.

Die Tierschutzorganisation *animal public*, die sich vor allem für

die Rechte von Wildtieren einsetzt, startete deshalb die Postkartenkampagne **„Tierleid verdient keinen Applaus!“** Wir haben uns dieser Aktion angeschlossen.

Bitte machen auch Sie mit! Versetzen Sie die beigefügte Postkarte mit Ihrem Absender und senden Sie sie - mit 55 Cent frankiert - an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner.

Thema Kaninchenmast in der TV-Sendung *Report*

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die *ARD* brachte am 22.03.2010, passend zu Ostern, in der Sendung *Report Mainz* den Beitrag „Gequälte Kaninchen - Das jahrelange Versagen der Politik beim Tierschutz“. Dabei fordern Tierschutzorganisationen seit langem gesetzliche Regelungen zur Kaninchenhaltung, unter anderem wurde das Thema in den Landesbeirat für Tierschutz in Baden-Württemberg eingebracht – s. Seite 22. Auch die Bundestierärztekammer mahnt seit Jahren eine Aufnahme der Vorschriften in die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung an. *Report Mainz* hatte bereits vor acht Jahren, am 18.03.2002, auf Missstände in der Kaninchenmast hingewiesen – doch die Politiker ließen sich Zeit. Erst im Februar 2009 beschloss der Bundesrat auf Initiative von Baden-Württemberg, dass rechtliche Regelungen getroffen werden müssten.

In der Sendung wurde Bildmaterial vom *Deutschen Tierschutzbüro* verwandt, das die Kampagne „Kaninchenmast, nein danke“ gestartet hatte, die wir unterstützen. Den Tierschützern gelang es, die Zustände in sechs deutschen Kaninchenmastbetrieben zu dokumentieren. Heimlich filmten sie auf engstem Raum zusammengepferchte Kaninchen, deren Pfötchen sich durch die Drahtböden der Käfige drückten; darunter lagen Kotberge. Die Luft sei ein Gemisch aus Ammoniak und Verwesung gewesen. Denn immer wieder fanden die Aktivisten auch tote und schwer kranke oder verletzte Tiere. Vor jeder Anlage standen prall gefüllte Tonnen mit Kadavern.

Der nach diesen Zuständen befragte Präsident der Bundestierärztekammer, Professor Theo Mantel, führte dazu aus, dass das typische Folgeschäden seien. Wenn die Tiere keinerlei Beschäftigung hätten, würden sie aggressiv werden und sich gegenseitig anknabbern.

Gezeigt wurde unter anderen ein

Betrieb im südlichen Rheinland-Pfalz, der das *GGE-Siegel* trägt. Die *GGE-Richtlinien, Gütegemeinschaft Ernährung*, wirbt vollmundig mit „Qualität aus artgerechter Haltung“. Dazu zählt bei ihnen auch die Käfighaltung - ein Etikettenschwindel, denn ein Käfig kann niemals eine art- oder tiergerechte Haltungsform sein. Noch nicht einmal Bodenhaltung wie bei Hennen ist vorgeschrieben. Selbst die Minimalstandards werden bei Vergabe des Siegels nicht eingehalten. Der gezeigte Betrieb gehört sogar dem Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kaninchenfleischerzeuger. Seine Käfige sind zwar etwas größer, doch die Probleme dieselben: Verstümmelte, verletzte und auch tote Tiere. Im Stallprotokoll fand sich der Eintrag: „Durchfall, hohe Verluste“. Im Medikamentschrank lagen Spritzen, außerdem ein hochwirksames Antibiotikum.

Prof. Mantel gab dazu folgende Stellungnahme ab: „Also hier geht es ja heftig zur Sache. Das ist *Endofloxacin*. Das ist an sich ein Reserveantibiotikum, was in der Regel nicht eingesetzt werden sollte. Die schlechten Haltungsbedingungen sollten nicht durch Einsatz von Antibiotika kompensiert werden.“

Dabei gibt es eine tiergerechte Alternative: Kaninchenfleisch aus Bodenhaltung. In der Sendung wurde ein Modellprojekt in Baden-Württemberg gezeigt, das gemeinsam mit der Handelskette *Kaufland* entwickelt wurde. Rund 1.500 Kaninchen leben hier in großen Boxen mit Heu, Spielmaterial und großem Platzangebot. Die Politik könnte deshalb die Bodenhaltung für Kaninchen mit einer Übergangsfrist verbindlich vorschreiben. Doch das hat sie bisher versäumt.

Zu einem Interview mit *Report Mainz* war Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner nicht bereit. In einer schrift-

lichen Stellungnahme versprach sie, einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Wie bekannt wurde, soll dieser jedoch auf Grundlage eines Gutachtens erstellt werden, das die artwidrige Haltung in Käfigen zulassen will und in dem alternative Haltungsformen nicht vorkommen.

Wir sammeln jedenfalls an unseren Infoständen weiterhin Unterschriften für eine tiergerechte Haltungsvorschrift für Kaninchen und bitten auch Sie um Unterstützung:

Aktion: Bitte schreiben Sie an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner.

Musterbrief:

Entwurf für eine Kaninchenhaltung

*Sehr geehrte Frau
Bundesministerin Aigner,*

ich begrüße es sehr, dass endlich eine Verordnung zur Haltung von Kaninchen erlassen werden soll.

Wie mir bekannt wurde, ist darin jedoch ausschließlich Käfighaltung vorgesehen. Mit dieser artwidrigen Haltung bin ich nicht einverstanden. Ich bitte Sie deshalb dringend, eine tiergerechte Verordnung auf den Weg zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen



Bodenhaltung bei einem Biobauern Foto: W. Livaditis

Stadttauben

Film über tierschutzgerechtes Management

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Viele Städte klagen seit langem über wachsende Taubenpopulationen. Für einen Teil der Bevölkerung sind Tauben besonders liebenswerte Vögel – s. Vorwort von unserer Projektleiterin Tauben, Dipl.-Biol. Inge-Gisela Krauss. Die Taube gilt aber auch als Symbol des Friedens und der Versöhnung. Andererseits haben sie für viele Menschen, darunter Behördenvertreter, ein schlechtes Image. Sie werden „Ratten der Lüfte“ genannt, sind also „Schädlinge“, die es zu vernichten gilt. Und so gab es in der Vergangenheit viele Tötungsaktionen. In den letzten Jahren ging man allerdings dazu über, Fütterungsverbote zu erlassen. Dieses können wir Tierschützer natürlich ebenfalls nicht akzeptieren, da die Tauben damit dem Hungertod preisgegeben würden.

Um ein friedliches Miteinander zu ermöglichen, hat die *Bundesarbeitsgruppe Stadttauben*, die unserem Bundesverband *Menschen für Tierrechte e.V.* angeschlossen ist, bereits in den 90er-Jahren ein „Konzept zur tierschutzgerechten Regulierung von Stadttaubenpopulationen“ entwickelt. Es beruht auf Bindung der Tauben an Schläge, kontrollierte Fütterung sowie „Geburten“-Kontrolle durch Austausch der Gelege mit Ei-Attrappen. Damit wird sowohl eine Vermehrung der Tauben verhindert wie auch die Verschmutzung durch Taubenkot reduziert. Eine Städtebefragung des Bundesverbandes in 2007 bestätigte den Erfolg des Konzeptes. Dieses wird mittlerweile von über 50 Städten und Gemeinden umgesetzt.

Um weitere Kommunen anzuregen, ihre Probleme mit Stadttauben ebenfalls nachhaltig und vor allem tierschutzgerecht zu lösen, hat unser Bundesverband Anfang dieses Jahres einen ca. 20-minütigen Dokumentarfilm zur Konzept-Umsetzung produzieren lassen, der rasche Infor-

mationen bietet. Ausgewählt wurden exemplarisch drei Kommunen, von denen jede für die Betreuung der Taubenschläge auf unterschiedliche Modelle setzt. Gedreht wurde in Aachen, Augsburg und der sächsischen Renaissance-Stadt Torgau, die wie Augsburg den Denkmalschutz bei Taubenschutz- und Abwehrmaßnahmen berücksichtigen muss.

Der Film zeigt, wie die Methode in der Praxis funktioniert. Es kommen auch Verwaltungsmitarbeiter zu Wort, die Stellung zu Kosten und Nutzen beziehen. Zu einer eventuellen Gesundheitsgefährdung durch Stadttauben äußert sich ein Experte. Sehenswert ist die Dokumentation aber auch für Kritiker, die fehlende wissenschaftliche Begleitstudien oder Störfaktoren in den Mittelpunkt stellen. Der Bundesvorsitzende Dr. Kurt Simons meint: „Das Taubenschlag-Konzept ist der Königsweg zur friedlichen Koexistenz von Menschen und Tauben. Außerdem erachten wir die Konzeptumsetzung in den Kommunen als eine notwendige Folge aus dem Staatsziel Tierschutz. Ein Wertewandel in unserer Gesellschaft zeigt sich auch im Umgang mit den meist ungeliebten Stadttauben“.

Der gut 20-minütige Film kann

online angesehen sowie als DVD bezogen werden unter www.stadttauben.de

Kommunen können die DVD kostenlos erhalten. Bitte direkt bei der Geschäftsstelle unseres Bundesverbandes bestellen per E-Mail: liessem@tierrechte.de oder telefonisch unter 0241-157214

Situation in Stuttgart

Seit zwei Jahren existiert nach jahrelangen Anlaufschwierigkeiten auch in Stuttgart ein Taubenprojekt. Am 07.07.2010 konnte der vierte Taubenschlag eingeweiht werden. Es gibt nun folgende Standorte:

Taubenschlag im Hauptbahnhof (trotz Projekt *Stuttgart 21*) auf dem Dach der Leonhardskirche auf dem Parkhaus Mühlgrün in Bad Cannstatt am Max-Kade-Weg im Stadtgarten

Als nächstes ist ein Schlag auf dem Dach der Rathausgarage vorgesehen. Stuttgart benötigt jedoch mindestens noch zehn weitere Schläge, um das Zusammenleben von Menschen und Tauben friedlich zu lösen.



Foto: W. Livaditis

Große Erleichterung herrschte bei den Tier- und Umweltschützern, als nach der Tagung der *Internationalen Walfangkommission (IWC)* am 23.06.2010 verkündet wurde, dass der kommerzielle Fang von Großwalen verboten bleibt. Zwei Tage lang hatten die 88 Länder des *IWC* in Marokko hinter verschlossenen Türen mit einem Entwurf gerungen, der Japan, Island und Norwegen feste Fangquoten für zehn Jahre erlauben sollte. Der Handel mit Walfleisch aber sollte verboten bleiben.

Neben Tier- und Umweltschutzorganisationen hatte *Aavaz*, eine von dem Kanadier Riken Patel im Jahr 2006 gegründete internationale Nichtregierungsorganisation, die politische Kampagnen in Bereichen wie Klimawandel und Menschenrechte organisiert, zum weltweiten Protest aufgerufen. Im Mai dieses Jahres hatte die Organisation, die ständig per E-Mail zu Kampagnen aufruft, fast fünf Mil-

lionen Mitglieder und wächst immer weiter. Einige Wochen vor der Walfangkonferenz hatte sie die weltweit größte Petition für den Walschutz auf die Beine gestellt. Über 1,2 Millionen Menschen haben die Petition unterzeichnet, auch unsere aktiven Mitglieder haben sich daran beteiligt.

Am Flughafen von Agadir empfing die Delegierten eine große Anti-Walfang-Plakatwand von *Aavaz*. Die Petition wurde dann direkt an ausschlaggebende Personen der *IWC* überreicht. Der australische Umweltminister sagte bei der Übergabe vor den Weltmedien: „Ich glaube, dass die Stimmen der Menschen dieser Welt gehört werden müssen. Ich höre sie heute mit Sicherheit.“ Die gigantische Petition wurde zur Top-Story in den *BBC* Weltnachrichten.

Das Kompromisspapier, das in dreijähriger Verhandlung erstellt worden war, sah vor, in Japan, Island und

Norwegen den Walfang befristet zu legalisieren, allerdings mit 1.400 freigegebenen Walen weniger als die bisherigen realen Fangzahlen von 2.000 Tieren. Wäre das durchgekommen, dann hätten weitere Länder, z.B. auch Südkorea, nach dem Prinzip „gleiches Recht für alle“ den Walfang wieder aufgenommen.

Die Ablehnung des Antrags ist zwar ein wichtiger Erfolg für die Wale, doch kann ihr Schutz damit allein nicht garantiert werden. Denn Japans Walfangflotte wird weiterhin unter dem Deckmantel der Wissenschaft hunderte Wale töten. Der deutsche Delegationsleiter Gert Lindemann betonte zudem, dass das Ergebnis keine endgültige Entscheidung sei. Nach mindestens einem Jahr soll weiter verhandelt werden. Vor allem Japan und Island sträuben sich gegen ein Walfangverbot. Isländer essen zwar selbst kaum Walfleisch, aber sie exportieren es nach Japan.

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

„Tierschutzklärung“ von Kanadas Regierung unterzeichnet

Ende letzten Jahres konnte die global agierende Tierschutzdachorganisation *WSPA* einen großen Erfolg in Kanada erzielen. Endlich haben die Abgeordneten aller Parteien des kanadischen Parlaments den Antrag, wonach die kanadische Regierung die Entwicklung der „Weltweiten Tierschutzklärung“ unterstützen soll, am 06.11.2009 einstimmig angenommen. Dabei gilt Kanadas Regierung nicht gerade als tierfreundlich, man denke nur an die Robbenjagd, die sie mit allen Mitteln verteidigt. Mehr als 75.000 Kanadier hatten die Petition unterstützt und über

25.000 persönliche Briefe an ihre Abgeordneten versandt.

Die Details der Erklärung werden von Ländern mit Schlüsselfunktionen in diesem und im nächsten Jahr ausgearbeitet und verhandelt.

Tierschutzpolitik in den USA

Die amerikanische Tierschutzgesellschaft *The Humane Society of the United States, HSUS*, stellt der Tierschutzpolitik von Präsident Barack Obama ein gutes Zeugnis aus. Seine Regierung sei viel tierfreundlicher als die vorherige. Besonders positiv ist, dass mehr Transparenz zu **Tierversuchen** geschaffen wurde. Künftig müssen im Internet zeitnah Einzelheiten zu allen Tierversuchen veröffentlicht werden. Dazu gehören die

Art und Anzahl der Tiere sowie Details, ob beispielsweise den Tieren durch Schmerzmittel Leiden erspart wurden. Sollte das nicht der Fall sein, muss eine Begründung genannt werden. Besonders erfreulich ist, dass einzelne Ministerien zum Ziel haben, Tierversuche ganz abzuschaffen. Die Forschung nach tierversuchsfreien Testmethoden gewinnt in den USA immer mehr an Bedeutung.

Auch im Artenschutz gab es Erfolge. **Eisbären** sind nun im Washingtoner Artenschutzübereinkommen *CITES* im Anhang I aufgeführt, wodurch der internationale Handel mit Eisbärfellen verboten wurde. Sechs Arten von **Haifischen** wurden unter Anhang II von *CITES* aufgenommen, was den Handel mit Haifischflossen verhindert. **Wildpferde** sollen besser geschützt werden.

In der Umweltschutzpolitik wird ein Augenmerk auf die Treibhausemissionen der **Massentierhaltung** gerichtet, die ausgewertet werden sollen. Das könnte den Beginn eines Ausstiegs aus der industriellen Tierhaltung bedeuten und somit ebenfalls dem Tierschutz zugute kommen. Ein bedauerlicher Widerspruch dazu ist allerdings, dass bei der **Schulverpflegung**, die mit hunderten Millionen Dollar subventioniert wird, auch Milch- und Fleischprodukte gekauft werden. Hervorragend wiederum: Bereits 63 % der Schulen bieten aber auch vegetarisches Essen an!

Unabhängig von der Regierung Obamas konnten in einzelnen Staaten Fortschritte erzielt werden. So sind jetzt im Staat Maine Einzelboxen für **Kälber** verboten sowie die früheren nur körpergroßen Käfige für **Muttersauen**. Unter Gouverneur Schwarzenegger hat Kalifornien zusätzlich ab dem Jahr 2015 **Legebatterien** verboten. Außerdem dürfen keine Kuhschwänze mehr kupiert werden. Bisher war es üblich, den **Milchkühen** ohne Betäubung völlig grundlos zwei Drittel der Schwänze abzuschneiden. Tierschützer hoffen natürlich, dass andere Staaten dem Vorbild Kaliforniens folgen werden. Michigan will **Legebatterien**, Abferkelgitter für **Schweine** und die Anbindehaltung von **Kühen** in den nächsten Jahren verbieten.

San Francisco hat als erste US-Stadt seine Bürger aufgerufen, am „**Meat-Free-Monday**“, also am fleischfreien Montag, teilzunehmen und an diesem Tag auf alle Fleischprodukte zu verzichten. Washington, D.C., hat sich dieser Bewegung bereits angeschlossen.

Der US-Bundesstaat Hawaii sieht einen Stopp des Verkaufs, des Besitzes oder des Vertriebs von **Haifischflossen** vor, die hauptsächlich in asiatischen Märkten und Restaurants angeboten werden. Ab Juli 2011 ist Haifischflossensuppe in staatlichen Restaurants verboten. Bereits beim ersten Verstoß drohen Geldbußen bis zu 15.000 Dollar. Den Haien werden bei lebendigem Leib die Flossen abgeschnitten und die Tiere anschließend zurück ins Wasser geworfen, wo sie jämmerlich sterben.

Der Erfolg des Gesetzes hat Menschen in anderen Staaten der USA, aber auch in Hong Kong, Malaysia und weiteren Staaten motiviert, Rechtsvorschriften zum Haifischflossenverbot zu fordern.

Stierkampf-Verbot in Katalonien ab 2012

Das katalonische Parlament beschloss am 28.07.2010 als erste Region auf dem Festland ein Verbot des Stierkampfes ab 2012. Die erste Stadt, welche ihre Stierkampfarena 1989 schloss, war der beliebten Ferienort Tossa de Mar. Bis jetzt haben sich insgesamt 82 spanische Städte gegen den Stierkampf ausgesprochen. Die Befürworter des Stierkampfes versuchen trotzdem mit allen Mitteln, diesen Fortschritt aufzuhalten.

Erste Demonstration gegen das Fleischessen in Japan

In Japan wurde die Initiative *Against Meat Japan (Gegen Fleisch in Japan)* gegründet. Der *PeTA*-Spot „Wenn Schlachthäuser Glaswände hätten, würde jeder Vegetarier werden“ mit Sir Paul McCartney wurde von ihnen ins Japanische übersetzt. Die Tierschützer riefen zu einer ersten Demonstration gegen das Fleischessen auf, die am 18. Juli in Osaka stattfinden sollte. Über das Ergebnis wurde uns bisher nichts bekannt. Schon vor einigen Jahren fanden die ersten Tierschutz-Demonstrationen gegen das Pelztragen statt.

China: Gesetzentwurf gegen Tierquälerei

Im Juni 2009 wurde in China endlich ein erster Gesetzentwurf zur Bestrafung von Tierquälerei vorgelegt. Im September begann eine viermonatige öffentliche Anhörung. Wie die *Beijing Legal Evening News* am 25.01.2010 informierte, wurden nach Einwänden inzwischen einige Tierschutzbestimmungen aus den Vorschriften entfernt, die etliche Bürger

nicht akzeptierten. Das menschliche Wohlergehen müsse oberste Priorität haben. Darin unterscheiden sich die Chinesen nicht von den meisten unserer Mitbürger. Die Juristen haben sich aufgrund der Einwände entschlossen, den Gesetzentwurf dahingehend abzuändern, dass er sich auf ein Verbot der Tierquälerei konzentriert. Der Gesetzentwurf definiert Tierquälerei nun als das unnötige Zufügen von Schmerzen oder Schäden. Er soll Bestimmungen über die Vorbeugung von Tierquälereien, über die Gesundheitspflege der Tiere, über den Transport und die Schlachtung enthalten. Das Verbot der Verwendung von Katzen- und Hundefleisch soll definitiv Teil des Gesetzes werden.

Ein überarbeiteter Entwurf sollte den Behörden im April dieses Jahres zur Prüfung vorgelegt werden. Bis Redaktionsschluss gab es jedoch noch keine weitere Information dazu. Es wird noch Jahre dauern, bis dieses Gesetz in Kraft treten wird. (Quelle: german.china.org.cn)

Der älteste Tierschutzverein *Animal Rescue Beijing* wurde 1988 gegründet. Nach der Legalisierung der Haltung von Hunden und Katzen in Städten im Jahr 1994 legten sich mehr und mehr Chinesen Haustiere zu. Dadurch änderte sich natürlich deren Einstellung gegenüber Tieren, wofür sie von „Katzen- und Hundefleisch-Liebhabern“ als „westlich verdorben“ beschimpft werden.

Die Tierfreunde feierten enthusiastisch den Gesetzentwurf, der unter anderem eine Geldstrafe von umgerechnet 500 Euro und 15 Tage Arrest für den Verzehr von Katzen- und Hundefleisch vorsieht. Doch kann dieser Gesetzentwurf nur ein erster Schritt sein. Die Tierschützer fordern eine Aufnahme des Tierschutzes in das Bildungswesen. „Man muss das Wissen über die Tiere und das Bewusstsein der Menschen für sie ändern“, meinte Wun Tianyu, Gründerin von *Animal Rescue Beijing*. Und das betrifft nicht nur China!

Es ist wunderbar zu erleben, wie der Tierschutzgedanke weltweit um sich greift. Aber noch erfordert es den unermüdlichen Einsatz von Tierschützern.

Ankündigung

„Tag des Tieres“ auf der Landesgartenschau

Anlässlich des Welttierschutztags am 4. Oktober findet auf der Landesgartenschau 2010 in Villingen-Schwenningen der „Tag des Tieres“ statt, an dem wir uns beteiligen. Veranstalter sind der *Tierschutzverein Schwenningen e.V.* und *Menschen für Tiere e.V., Tierschutz Villingen und Umland.*

Um die Veranstaltungsorte auf der weitläufigen Gartenschau rasch zu finden, bitten wir Sie, sich einen Plan der Landesgartenschau vor Ort zu besorgen oder sich im Internet unter: www.lgs-vs2010.de zu informieren.

Termin:	Sonntag, 3. Oktober 2010	
Ablauf:	10:00 Uhr	Eröffnung mit einer Tierbilderausstellung im Kirchenpavillon (im Plan Punkt 55) präsentiert durch die Galeristin Gabriele Brugger
	11:00 Uhr	Luchs-Wanderausstellung der <i>Luchsinitiative Baden-Württemberg e.V.</i> im Holzpolter des Forstamtes (im Plan Punkt 62)
	12:00 Uhr	Kreuzweg der Tiere. Dieser zeigt auf 14 Tafeln die vielfältigen Leiden und Qualen, die Tieren durch den Menschen angetan werden
	anschließend	präsentiert von Christel Becker-Kolle, Ludwigsburg
	15:00 Uhr	Besuch der Landesgartenschau oder der Infostände
	17:00 Uhr	Wir helfen den Tieren. Vorträge im Treffpunkt Baden-Württemberg (im Plan Punkt 11), u.a. mit Silke Bitz, unserer Stellvertretenden Vorsitzenden
	anschließend	anschließend Bus-Transfer nach Villingen
Infostände	10:00 - 17:00	(im Plan Punkt 48) <i>AKUT - Aktion Kirche und Tier e.V.</i> <i>Landestierschutzverband Baden-Württemberg e.V.</i> <i>Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.</i> <i>Tierschutz Villingen-Schwenningen e.V.</i>

Eintrittspreis in die Landesgartenschau:

Erwachsene	14 Euro
Kinder, Jugendliche (6 - 17 Jahre)	5 Euro.

Anschriften zu den Briefaktionen

Seite

- 25 Tierexperimente an der Ruhr-Universität: Prof. Dr. Elmar Weiler, Rektorat der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsverwaltung (UV), 3. Etage, Universitätsstraße 150, 44780 Bochum, Fax: 0234 32-14131
- 25 - 26 Dankesbrief an: Regierung der Oberpfalz, 93039 Regensburg, E-Mail: poststelle@reg-opf.bayern.de
- 32 Tiertransporte: jeweils an:
Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B 1049 Brüssel, Belgien
- Herrn John Dalli, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz,
E-Mail: cab-dalli-webpage@ec.europa.eu
 - Herrn Dacian Cioloș, Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung,
E-Mail: dacian.ciolos@ec.europa.eu
 - Herrn Janez Potočnik, Kommissar für Umwelt
E-Mail: janez.potocnik@ec.europa.eu
- 35 Kaninchenhaltung: Frau Bundesministerin Ilse Aigner MdB, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 11055 Berlin, Telefax: 030/22 77 62 81, E-Mail: poststelle@bmelv.bund.de

**Tierversuchsgegner
Baden-Württemberg e.V.**



Aufruf zur Teilnahme an der Demonstrationsveranstaltung

Anstelle unserer traditionellen Demonstrationsveranstaltung „Zug der Tiere“ Mitte November wollen wir dieses Jahr einen Trauerzug für Tiere durchführen.

Stuttgart, Schlossplatz

23. Oktober 2010

12:00 – 13:00 Uhr Trauerzug durch die Innenstadt

anschließend Trauergottesdienst
mit Pfarrerin Birgit Proske
auf dem Schlossplatz

Infostände von 11:00 – 18:00 Uhr

Bitte kommen Sie in schwarzer oder dunkler Kleidung.
Dem Trauerzug werden Kränze und drei Transparente vorangetragen.
Bitte keine weiteren Transparente oder Plakate.
Während des ganzen Zuges werden wir Trauermusik abspielen.